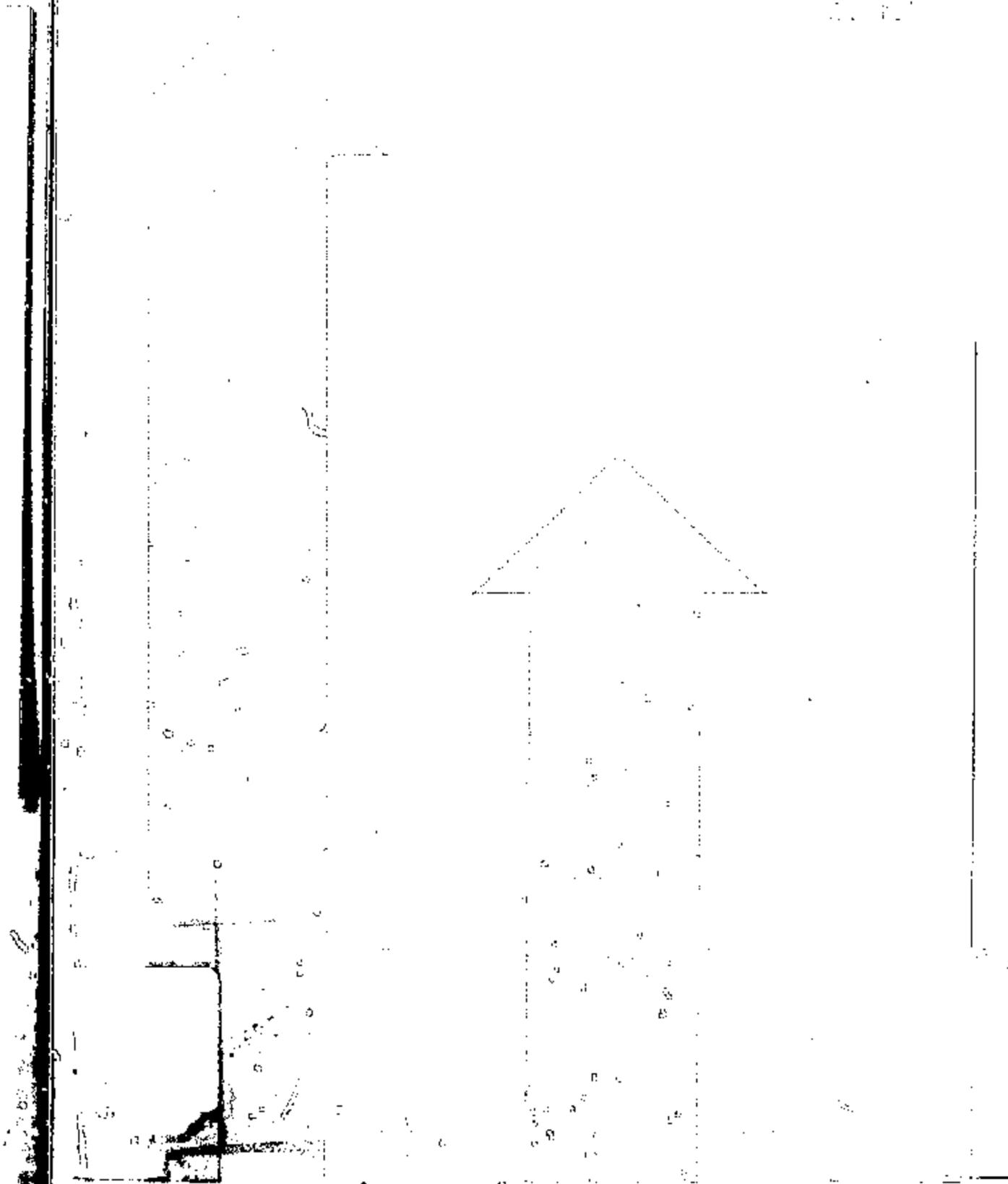




DIN 19 051



**Wachsende Wirtschaft
Gesunde Finanzen
Stabile Mark**

**Referate und Entschlüsse
auf dem Parteitag der SPD in Karlsruhe
vom 23. bis 27. November 1964**

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn.

Inv.-Nr.: 36 120



Herausgeber: Vorstand der SPD (Abt. Publikationen), Bonn
Umschlag-Entwurf: Elfgard Richter
Druck: Union Druck und Zeitungsverlag GmbH, Saarbrücken
4-65 - A 1/5 - Bestell-Nr.: 3077

1000000

Inhalt

	Seite
Senator Prof. Dr. Karl Schiller: Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit	5
Senator Prof. Dr. Karl Schiller: Sparen fördern — Vermögen bilden in einer leistungsfähigen Wirtschaft	23
Entschließung: Eigentum für alle: Aufgabe unseres Jahrzehnts	29
Senator Prof. Dr. Karl Schiller: Stabile Wirtschaft — stabile D-Mark — gesundes Wirtschaftswachstum — steigender Wohlstand	37
Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Alex Möller, MdB: Verantwortliche Finanzpolitik — gerechte Verteilung der Lasten	45
Entschließung: Unsere wirtschafts- und finanzpolitische Plattform	51

I. Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit

Einleitendes Referat

von Senator Prof. Dr. Karl Schiller

in der Arbeitsgemeinschaft B des Parteitages

Die Wirtschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung besteht in dieser Legislaturperiode in allen wichtigen Fragen eher in einem Unterlassen, denn in einem zielbewußten Handeln. So weit Vorschläge oder Initiativen geäußert werden, bleiben sie entweder in der verbrauchten und brüchig gewordenen Regierungsmaschinerie stecken oder sie führen zu überhasteten und überdosierten Maßnahmen, die dann nachher korrigiert werden müssen, oder es werden schließlich nur Gefälligkeiten für Jedermann wahllos nach allen Seiten ausgestreut.

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die wirtschaftspolitischen Schablonen der Jahre 1948/49 nicht mehr ausreichen, um die Wirklichkeit von heute zu meistern. Wir befinden uns jetzt — auch international gesehen — im vierten Boom der Nachkriegszeit; aber seit dem ersten Aufschwung haben sich die Probleme und Größenordnungen gründlich gewandelt. Entsprechend sollte sich auch die Politik verändern. Demgegenüber zeigt sich, daß die derzeitige offizielle Wirtschafts- und Finanzpolitik immer noch an ihrem Ausgangsmodell klebt, das doch zu einem Klischee geworden ist. Marktwirtschaft sollte aber doch nicht laissez-faire heißen. Der vitale Elan der Marktwirtschaft ist auf die Dauer ein unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Aber sie muß systematisch durch eine zeitgerechte, wohl abgewo-

gene und tatkräftige Politik ergänzt werden, damit die Probleme der kommenden Jahre gelöst werden können. Hier bedarf es also eines neuen, modernen, in die Zukunft gerichteten Konzepts, das der Realität unserer „gemischten Wirtschaftsordnung“ entspricht und das die internationalen Fortschritte in der Anreicherung unseres wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu nützen weiß. Ohne ein solches Konzept könnte die Marktwirtschaft selbst leicht zu einem Ladhüter der deutschen Wirtschaftsgeschichte werden.

Heute stellt die Lage in zahlreichen wirtschaftspolitischen Bereichen eine Herausforderung zur Aktivität für alle diejenigen dar, die sich ernsthaft um neue Zielvorstellungen und Methoden bemühen, damit die anstehenden Probleme in einer Weise gelöst werden, daß zugleich die ökonomische und gesellschaftliche Stabilität wie auch der wirtschaftliche Fortschritt gewahrt werden.

In dem Antrag des Parteivorstandes: „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“ wird ein wirtschafts- und finanzpolitisches Programm aus einem Guß vorgelegt, das Wege zur Lösung der anstehenden Probleme aufzeigt. Es wird ergänzt durch den Antrag des Parteivorstandes „Eigentum für alle: Aufgabe unseres Jahrzehnts“.

Ich darf in dieser Einleitung einige der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Hauptprobleme darstellen, die vorrangig einer Lösung harren:

1. Wir befinden uns heute in einer Welt des überaus schnellen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Wir haben die Schwelle zur ständig in der Expansion befindlichen Industriegesellschaft längst überschritten. Daraus ergibt sich als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe die Sicherung eines optimalen und stetigen wirtschaftlichen Wachstums. Und es muß immer wieder betont werden: Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum nicht um des Wachstums

willen, auch nicht allein deshalb, weil uns ein elementares Streben nach Hebung des Lebensstandards erfüllt, sondern wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, damit wir auch bei stärkstem technischem Fortschritt die Vollbeschäftigung sichern, damit wir die großen inneren Aufgaben in unserem Gemeinschaftswesen lösen können, damit wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten, damit wir in der Lage sind, unseren Beitrag zur Entwicklungshilfe zu leisten, damit wir im internationalen Wettstreit um die Zuwachsraten der Sozialprodukte bestehen können, und schließlich, damit wir auch ökonomisch gewappnet sind, wenn es eines Tages an die Lösung unserer nationalen Frage geht.

Eine auf das optimale wirtschaftliche Wachstum gerichtete Wirtschaftspolitik kann sich keineswegs damit begnügen, eine funktionierende Technik wirtschaftspolitischer Instrumente zu installieren, sondern sie muß ständig die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge im Auge haben. Wir bejahen die oft verlästerte Wohlstandsgesellschaft. Aber wir müssen auch erkennen, daß die moderne Wohlstandsgesellschaft neue soziale und politische Maßstäbe und Verhaltensweisen von uns verlangt.

Die Haupterfordernisse einer auf das optimale Wachstum gerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind in dem Antrag „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“ im einzelnen dargelegt.

„Erst die Kombination von Marktwirtschaft, monetärer und fiskalischer Globalsteuerung und Wohlfahrtspolitik ist die Lösung, die sich auf der Höhe der Zeit befindet“, heißt es dort. Wenn wir diesen Satz verdeutlichen wollen, so ist folgendes zu sagen: mit dem Wort Globalsteuerung ist erstens betont, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht punktuell in den Einzelbetrieb und seine Beziehungen zu anderen eingreifen sollen, sondern die Produktions- und Marktdaten für ihn und die anderen in der gewünschten Richtung verändern sollen. Globalsteu-

rung bedeutet aber zweitens auch, gerade in Verbindung mit dem geforderten Ausbau der Gesamtrechnung, dem Nationalbudget, daß eine vorausschauende Politik notwendig ist. Globalsteuerung bedeutet Rahmenplanung, aber nicht „planification en detail“. Und mit Wohlfahrtspolitik ist weit mehr als Sozialpolitik gemeint, sie umfaßt genau so gut auch alle jene Anstrengungen, die für Wirtschaftszweige notwendig sind, die sich in großen Strukturwandlungen befinden. Es ist in dieser Beziehung die Kunst der modernen Wirtschaftspolitik, daß beide — Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat —, jeder mit Rücksicht auf die Funktionsbedingungen des anderen — entwickelt werden. Gerade hieraus ergeben sich neue Quellen der Produktivitätssteigerung. Gerade aus jener Kombination kann auch ein gesellschaftliches Leitbild entstehen, das nach außen und nach innen weiterwirken kann.

Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik bedarf insbesondere einer sachgerechten Konjunkturpolitik. Ich glaube, es ist notwendig, zum derzeitigen Stand der konjunkturellen Situation und der Konjunkturdebatte einige Worte zu sagen: Die konjunkturpolitische Debatte ist vorerst eingeschlafen, aber die Preise steigen weiter; so etwa könnte man die gegenwärtige Lage pointiert kennzeichnen. Die jetzige Bundesregierung beruhigt sich wohl in der scheinbar eingetretenen Atempause. Die Konjunkturprognostiker stimmen in der Bewertung des Preisanstiegs im großen und ganzen, wenn auch mit einigen Nuancen, überein (DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin: Die Preisentwicklung wird, wenn auch ohne besorgniserregende Beschleunigung, ihren Aufwärtstrend beibehalten; Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München: Der Preisanstieg hält sich in solchen Grenzen, die ein massives Eingreifen der Wirtschaftspolitik nicht erfordern).

Wohl hat das Anwachsen der Außenhandelsüberschüsse aufgehört; und das industrielle Angebot hat

sich kräftig ausgeweitet; es sind also Korrekturen eingetreten. Diese Korrekturen dürfen jedoch nicht dazu führen, daß man nun meint, es sei alles in Ordnung. Es kann keine Rede davon sein, daß das Problem, Stabilität und Aufstieg zu vereinen, gegenwärtig als gelöst angesehen werden kann.

Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im September 1964 um 2,9 v. H. höher als im September 1963. Das Bundeswirtschaftsministerium berichtet: Die Preisbewegung habe im September recht spürbar in den industriellen Bereich übergegriffen. Die Kommission der EWG verweist in ihrem 3. Vierteljahresbericht 1964 ebenfalls auf einen möglichen verstärkten Preisdruck nach oben. Das also ist die Situation: Trotz aller Temperamentsunterschiede erwarten alle Experten eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebs. Dies würde dann eine über die bisherige Entwertungsrates hinausgehende Erhöhung des Preisniveaus bedeuten. Diese Tendenz als relativ stabile Entwicklung zu bezeichnen, ist wahrlich nicht möglich.

Nach wie vor hat daher die wirtschafts- und konjunkturpolitische Stellungnahme des Parteivorstandes vom 29. Mai 1964 ihre Gültigkeit. Wir brauchen dringend ein einsatzfähiges Instrumentarium der Konjunkturpolitik. Ich verweise da nur auf unsere Vorschläge.

2. Wachstumspolitik kann heute nicht mehr allein im nationalen Rahmen betrieben werden. Wir leben in einer Welt rasch zunehmender allseitiger ökonomischer Verflechtungen und Abhängigkeiten. Dies erfordert ein besonderes Maß *Internationaler Kooperationsbereitschaft*.

Für unsere Außenwirtschaftspolitik im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit — insbesondere im europäischen Raum — muß gelten, daß sie grundsätzlich liberal ist, d. h. daß sie in ihren Zielsetzungen und in ihren Mitteln auf offene Märkte orientiert ist.

In Westeuropa wird auf die Dauer nur dann ein optimales wirtschaftliches Wachstum gewährleistet sein können, wenn eine betont nach außen geöffnete, dritte Länder möglichst nicht diskriminierende Integrations-Politik verfolgt wird. Wir sollten uns in der EWG stets aufs neue dafür einsetzen, daß der handelsverschiebende Effekt, d. h. der sogenannte Abschließungs-effekt — gegenüber den dritten Ländern — möglichst klein bleibt, daß dagegen der handels-schaffende oder Aufschließungseffekt der Gemeinschaft möglichst groß wird. Das gilt insbesondere für die wirtschaftlichen Beziehungen zu den EFTA-Ländern; aber auch im weltweiten Maßstab darf keine Abschließungspolitik erfolgen. Denken wir nur daran, daß manche Entwicklungsländer die EWG als eine „Riesendiskrimination“ ansehen! Es muß auch alles getan werden, damit die Kennedy-Zoll-Runde zu einem wirklichen Erfolg für die Entwicklung der Weltwirtschaft wird. Noch immer steht das großartige Angebot Präsident Kennedys von der Atlantischen Partnerschaft im Raum. Und wie in der Außenpolitik so auch in der internationalen Wirtschaftspolitik gilt die Feststellung: die jetzige Bundesregierung hat die Schlüsselrolle, die der Bundesrepublik in allen diesen Fragen zugefallen ist, nicht erkannt.

Eine immer stärker hervortretende Bedeutung erhält jetzt auch die Osthandelspolitik. Wir haben die Chance und die Aufgabe, die polyzentrischen Tendenzen in Osteuropa behutsam zu fördern. Die westlichen Länder werden in ihren Bemühungen um so erfolgreicher sein, je besser es ihnen gelingt, eine aktive und koordinierte Osthandelspolitik, besonders in bezug auf die Kreditbedingungen, zu verwirklichen. In diesem Rahmen ist eine Differenzierung im Hinblick auf die Autonomiebestrebungen osteuropäischer Nationalwirtschaften möglich und angebracht.

Für eine solche neue Politik bietet sich als Instrument die OECD (= Organisation für wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit und Entwicklung, Paris) an. Sie umfaßt alle wesentlichen Industriestaaten der freien Welt, auch die neutralen Länder Europas. Gerade dieser Tatbestand wäre ein Vorteil für vernünftige Aussprachen über die Osthandelspolitik. Die Frage der Embargolisten dagegen steht auf einem anderen Blatt Papier und obliegt anderen Institutionen. Beides sollte man klar auseinanderhalten. In all diesen Fragen sollte die Bundesrepublik ihr besonderes Interesse bekunden, wegen der besonderen politischen Probleme, die gerade für sie gegenüber diesen Ländern gegeben sind, aber auch wegen der — sicherlich immer noch begrenzten — ökonomischen Möglichkeiten. Die Länder, welche man heute unter dem sogenannten Ostblock zusammenfaßt, waren vor dem Kriege mit 17 v. H. am deutschen Außenhandels beteiligt; heute sind das rund 4 v. H.

3. Die erfolgreiche Wachstumspolitik im nationalen und internationalen Maßstab erleichtert uns die Lösung unserer inneren sozialen und ökonomischen Einzelprobleme. Sie bildet in der Tat die Grundlage für alles weitere. Aber sie genügt allein nicht. Wir müssen vielmehr auch daran gehen, die zahlreichen gesellschaftlichen und ökonomisch-strukturellen Mangelzustände und Ungleichgewichte durch spezielle und zielgerichtete Maßnahmen zu beseitigen. Einer der größten Mangelzustände in unserem Gemeinwesen ist die in einem hohen Grade ungleiche Vermögensverteilung. Diesen Zustand in einem neu in Gang zu setzenden Prozeß der besseren Verteilung des Vermögenszuwachses zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Jahre. Dieses Problem — das muß immer wieder betont werden — kann auch nicht isoliert für sich gesehen werden. Wir müssen immer auch die anderen großen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen im Auge haben, also etwa die Zielsetzung einer optimal wachsenden Wirtschaft. Die allseitigen Interdependenzen, die hier bestehen, werden sofort klar, der Einkommensverteilung im Sinne größerer Ge-

rechtheit in Zeiten der wirtschaftlichen Expansion viel besser durchzusetzen sind als in einer Wirtschaft ohne Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist immer noch die beste Voraussetzung aller Einkommenspolitik; und eine verbesserte Einkommensverteilung ist ihrerseits schon ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer verbesserten Vermögensbildung.

Die vermögenspolitische Aufgabe kann nicht in einem großen Akt, nicht mit einer einzigen Prozedur oder mit einem Patentrezept gelöst werden. Auch hier würde die Manomanie der Mittel zum Mißerfolg führen. Daher hat der Parteivorstand in seinem Antrag „Eigentum für alle: Aufgabe unseres Jahrzehnts!“ fünf Aktionsbereiche einer wirksamen Eigentums politik formuliert:

- I. Nachdrückliche Verbesserung der Vorschriften über Sparförderung,
- II. Erneuerung des 312-DM-Gesetzes von Grund auf,
- III. Gründung gemeinnütziger Investment-Fonds,
- IV. Neugestaltung der Privatisierung öffentlicher Unternehmungen, soweit diese volkswirtschaftlich zweckmäßig ist,
- V. Nutzung des zu erwartenden höheren Sparvolumens zur Finanzierung der Investitionen für Gemeinschaftsaufgaben.

Ich glaube, daß man zu diesen fünf Aktionsbereichen mit gutem Gewissen sagen kann — und ich habe das an anderer Stelle schon einmal getan —, daß dieses Programm keine „Roßkur“ für die Wirtschaft darstellt, daß es aber dennoch einen beherzten Schritt auf dem Wege zu einer besseren Verteilung der Vermögenszugänge bedeutet.

Vielfach wird gegen die auch in diesem vielseitigen Eigentumsprogramm enthaltene Begünstigung vermögenswirksamer Leistungen der Unternehmungen und ihre sogenannte „Tariffähigkeit“ eingewendet, daß

diese Aufwendungen preisstiegender wirken würden. Dieses Argument wurde kürzlich von verschiedenen Seiten vorgebracht. Ich darf darauf folgendermaßen antworten:

- (1) Soweit vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber mit einer gleichzeitigen, „rückgekoppelten“ Verschuldung des Unternehmers für Investitionszwecke in seinem Betrieb verbunden sind, wirkt diese Investitionsfinanzierung nicht anders auf die Preise wie die direkte oder Selbstfinanzierung.
- (2) Werden die vermögenswirksamen Leistungen bar abgegolten (ohne Rückverschuldung für Investitionszwecke), so liegt eine Gewinnabführung vor, die als solche keine preisstiegenderen Wirkungen hat. Aber sie könnte natürlich in Zukunft zu einer verminderten Eigeninvestierung führen. Deshalb ist es richtig und wichtig, daß unserem Programm eine massive Verstärkung der Sparanreize vorgeschaltet ist. Auf diese Weise wird das Angebot von anlagebereitem Fremdkapital erhöht. Trotzdem, bei risikoreichen Neuinvestitionen wird immer eine beachtliche Quote der Selbstfinanzierung notwendig sein — wenn man die Expansion will.
- (3) So weit die vermögenswirksamen Leistungen der Unternehmer fälschlicherweise als Lohnbestandteile und damit als Lohnerhöhungen angesehen werden, könnte von der Kostenseite eine Wirkung auf die Preise vermutet werden. Diese Wirkung wäre dann genau so zu beurteilen wie jede andere Lohnerhöhung: die Wirkung wird in dem Maße ausbleiben, wie sie im weiteren dynamischen Prozeß durch den technischen Fortschritt überkompensiert wird. Bisher ist das bekanntlich im allgemeinen gelungen.
- (4) Von der Nachfrageseite her können die Vorschläge in ihrer Gesamtheit auf keinen Fall preisstiegender wirken. Im Gegenteil: sie bedeuten in summa eine kräftig erhöhte Spartätigkeit und

tragen damit zur Verstärkung der Expansion der effektiven Gesamtnachfrage bei.

4. Zu den Mangelzuständen im sozialökonomischen Bereich gehört auch die bisher unbefriedigende Bewältigung der großen *Gemeinschaftsaufgaben*. Hier werden wir kräftig zuzupacken haben. Der bisherige Prozeß der wirtschaftlichen Expansion hat uns längst an einen Punkt gebracht, wo das gesellschaftliche Gleichgewicht in der Befriedigung öffentlicher und privater Bedürfnisse ganz deutliche Störungen aufweist. Sie alle kennen die These von John K. Galbraith über die „Überflußgesellschaft“: Sie sei gekennzeichnet durch „privaten Reichtum und öffentliche Armut“. Sicherlich liegen die Verhältnisse in den USA in vieler Hinsicht anders als bei uns. Oft wird bei uns abfällig vom „Wohlfahrtsstaat“ gesprochen und damit der Eindruck von einem „reichen Staat“ geweckt. In Wahrheit dient der Wohlfahrtsstaat heute weitgehend dem privaten Wohlstand. Aber daneben steht dann die Unterversorgung mit Krankenhäusern, Schulen, Straßen usw. So werden wir ganz erhebliche Anstrengungen machen müssen, um auf diesen Gebieten eine neue und bessere Lage herbeizuführen.

Wie sollen diese überfälligen öffentlichen Investitionen finanziert werden? An mehreren Stellen unserer Anträge werden dazu konkrete Hinweise gegeben. Wir wollen den Anteil der Steuerlast am deutschen Sozialprodukt nicht erhöhen. Bei weiter wachsenden Realeinkommen und progressiven Einkommensteuertarifen sollten diese von Zeit zu Zeit gesenkt werden. Eine wichtige Möglichkeit, große *öffentliche Investitionen* zu finanzieren, ist deshalb der langfristige Kredit. Gerade wenn unsere Maßnahmen der Sparförderung und der privaten Eigentumsbildung gelingen, so brauchen wir für diese Sparbeträge neue Schuldner. Hier muß auch die öffentliche Hand eintreten. Die — international gesehen — relativ begrenzte Verschuldung des Bundes und der

Länder, nicht jedoch der Gemeinden, macht das möglich. Das Eigentum in Arbeitnehmerhand sollte in Zukunft auch in Staatspapieren bestehen, die mit einem Sozialbonus versehen sind. Nach zwei Inflationen, aber auch nach fast zwanzigjähriger geduldiger Aufbauarbeit wäre es eine staatspolitische Tat ersten Ranges, wenn wir dem Staatskredit im breiten Publikum neues Vertrauen verschaffen könnten.

In alle diese Zusammenhänge, die durch das Stichwort *Gemeinschaftsaufgaben* beleuchtet werden, gehören auch die raumordnungs- und regionalpolitischen Probleme, die sich uns stellen. Wir müssen und wir wollen die starken regionalen Gefälle in den Wohlstandsniveaus der Bevölkerung abbauen. Ich nenne hier nur das Stichwort „Zonenrand- und Grenzgebiete“. In dem Antrag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik ist zu Ziffer V/4 wohl noch hervorzuheben, daß wir uns klar dazu bekennen müssen, die sogenannten „social costs“ (Verunreinigung der Luft, des Wassers, Lärmbelästigung usw.) sachgerecht den Verursachern anzulasten. Wir befinden uns hier in Übereinstimmung mit der Meinung der Wissenschaft, wie sie letztes Jahr in Essen geäußert wurde.

Auch der soziale Wohnungsbau gehört zum Kreis der *Gemeinschaftsaufgaben*. Auch auf diesem Gebiet gibt es noch sehr viel zu tun. Wir wollen das bisher Geleistete nicht verkleinern, aber Tatsache ist, daß immer noch Hunderttausende von Familien auf eine eigene oder angemessene Wohnung warten. Hier ist noch besonders auf Ziffer VIII/7 hinzuweisen. Die Preisbildung des Bodens ist heute vielfach ein ökonomisches und soziales Ärgernis. Wie denken hier nicht an dirigistische Maßnahmen. Aber auch die Politik der Liegenschaftsverwaltungen der öffentlichen Hand sollte vielfach einer Revision unterzogen oder so ausgestaltet werden, daß sie auf die Preisbildung für Bauland dämpfend einwirken kann.

5. Eine schon sehr lange sichtbare und immer noch nicht behobene ökonomisch-strukturelle Schadstelle

stellte die ungezügelt entwickelte Entwicklung auf dem Markt der *Primärenergie* dar, wie sie im Antrag „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“ im Abschnitt B VI, angesprochen ist.

Die Situation ist bekannt. Die schon seit 1958 sichtbare Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus, die einen mehr oder weniger dramatischen Höhepunkt in der jüngst erfolgten Anmeldung von 30 Zechen zur Stilllegung erreicht hat, verlangt gebieterisch, daß amtlicherseits endlich eine energiepolitische Konzeption entwickelt wird. Das Ausmaß der in den letzten Jahren erfolgten Veränderungen auf dem Energiemarkt wird schlaglichtartig beleuchtet, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Zeitraum von 1960 bis 1963 der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch (gemessen in Steinkohleeinheiten) in der Bundesrepublik von etwa 22 v. H. auf knapp 33 v. H. (darunter das Heizöl von 11 v. H. auf 19 v. H.) angestiegen ist, während im gleichen Zeitabschnitt der Anteil des Steinkohleverbrauchs von 59,2 v. H. auf 49,9 v. H. zurückgegangen ist. Sicherlich wäre es falsch, wenn wir jetzt das Mineralöl zum Sündenbock für alle Versäumnisse in der offiziellen Energiepolitik machen würden. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß der spezifische Kohleverbrauch bei vielen Produktionsvorgängen durch die fortlaufenden technischen Verbesserungen absinkt. Und wir sind sicherlich die letzten, die sich gegen den raschen technologischen Fortschritt und gegen die Orientierung der Verbrauchernachfrage auf die neuen Produkte wenden würden. Aber niemand wird bestreiten können, daß die derzeitige Preisgestaltung auf dem Heizölmarkt nicht gerade dem idealen Gleichgewichtspreis bei vollständiger Konkurrenz entspricht, sondern vielmehr die Merkmale einer oligopolistischen Preispolitik, die zur Markteroberung betrieben wird, aufweist. Ich spreche nur eine national-ökonomische Binsenwahrheit aus, wenn ich sage, daß oligopolistische Kampfsituationen der ordnenden

Hand durch die staatliche Wirtschaftspolitik bedürfen. Während sich die Bundesregierung bisher nur unter dem Druck der immer neu auftretenden Schwierigkeiten von Fall zu Fall zu Teilmaßnahmen entschloß, verlangen wir eine auf längere Frist angelegte Lösung. Es muß eine grundsätzliche Entscheidung über das Zusammenwirken der verschiedenen Träger der Energiewirtschaft erfolgen, ohne daß man dabei an feste Absatzquoten für die Primärenergieträger zu denken hat.

Die Anpassung des Steinkohlenbergbaus an die veränderte Verbrauchsstruktur muß behutsam gesteuert werden. Die Unruhe der Bergarbeiter und die Unsicherheit der Unternehmungsleitungen im Steinkohlenbergbau sind ein Zeichen dafür, daß das bisher nicht geschehen ist.

Im übrigen hat die Energiepolitik auf gleiche Wettbewerbsmöglichkeiten der verschiedenen Primärenergieträger hinzuwirken. Jeglicher Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht, gerade im Bereich der Energiewirtschaft, ist zu bekämpfen. Die Rationalisierung im Steinkohlenbergbau muß kräftig gefördert werden. Die Konzentration der Steinkohlenförderung auf die langfristig wirtschaftlichsten Grubenbetriebe setzt auch voraus, daß die Standorte von den naturgegebenen Lagerstätten und nicht mehr durch Streubesitz und andere Zufälligkeiten bestimmt werden.

Im übrigen weist der Antrag des Parteivorstandes mit gutem Grund auf die Arbeitsergebnisse des Kölner Parteitages von 1962 hin. Sie gelten heute wie damals. In dem unermüdlichen Bemühen um eine klare energiepolitische Konzeption hat sich *Heinrich Dörf* neben all seinen anderen wirtschaftspolitischen Aktivitäten ein besonderes Verdienst erworben.

6. Daß die offizielle deutsche *Agrarpolitik* in der Frage der EWG-Marktordnungen die Lage der deutschen Bauern nicht gerade erleichtert hat, ist im Ab-

schnitt B VII unseres Antrages deutlich ausgesprochen. Und daß die von der Bundesregierung praktizierte Hinhaltenaktik gegenüber ihren EWG-Partnern in der Frage der Angleichung des Getreidepreises nicht fortgesetzt werden kann, wird wohl allenthalben immer deutlicher. Zugleich und im Zusammenhang damit muß endlich ein eindeutiges Agrarprogramm für die deutsche Landwirtschaft entwickelt werden, in dem u. a. der Einkommensausgleich für die Getreidepreisanpassung geregelt ist. Vor allem ist wichtig, daß im Gleichklang damit die baldige Angleichung der Preise für die übrigen Marktordnungsgüter erfolgt.

Auch die sonstigen agrarpolitischen Probleme dürfen nicht länger fortgeschoben werden. Wir sind seit langem dafür eingetreten, rechtzeitig geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den Anpassungsprozeß der Landwirtschaft zu unterstützen. Nach dem Parteitag werden wir sehr bald ein detailliertes Anpassungsprogramm vorlegen. Gerade im Rahmen einer die Gesamtwirtschaft umfassenden, aktiven Wachstumspolitik, in einer Zeit langanhaltender wirtschaftlicher Expansion, ist es notwendig und zugleich möglich, durch zielgerichtete struktur-, einkommens- und sozialpolitische Maßnahmen den Veränderungsprozeß der deutschen Landwirtschaft zu unterstützen und zu fördern.

7. Schadstellen finden wir nicht nur in sozialen und ökonomisch-strukturellen Bereichen unseres Gemeinwesens, sondern auch dort, wo es um die Gestaltung grundlegender Elemente unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geht. Ich meine die Politik, die dem Wettbewerb auf den Märkten Geltung verschaffen soll, und ich meine auch die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Hierhin gehört auch das System von Maßnahmen, das zum Schutz der Verbraucher erforderlich ist, was alles im Abschnitt B/III des Antrages behandelt wird.

Wir haben uns schon im Dortmunder Aktionsprogramm in seiner Berliner Fassung von 1954 und dann im Godesberger Grundsatzprogramm zu dem Prinzip bekannt: „Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig!“ Dieser Grundsatz bestimmt auch unsere Vorschläge für branchenpolitische und strukturpolitische Maßnahmen. Dieses Prinzip beinhaltet auch einen klaren Maßstab für die Auswahl der wirtschaftspolitischen Instrumente. Er lautet: Bei dem, der planen will, liegt die Beweislast darzutun, daß die Marktkräfte in dem betreffenden Fall nicht ausreichen.

Wenn wir also den Wettbewerb als ein wesentliches Steuerungsinstrument in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ansehen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß es sich tatsächlich durchsetzen kann, daß es funktioniert; denn viele Kräfte des Marktes tendieren von sich aus dahin, den Wettbewerb zu verfälschen, Machtpositionen zu entwickeln und zu konservieren. Wir brauchen daher ein besseres Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Unsere Vorschläge dazu sind bekannt. Sie müssen verwirklicht werden. Wir brauchen auch eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit über Machtzusammenballungen, um auch von hier aus Gegenkräfte zu mobilisieren. Natürlich brauchen wir die wirtschaftlichen Großeinheiten für den technischen Fortschritt und die allgemeine Expansion. Das ökonomische Biedermeier ist für uns kein Ideal. Wohl aber ist eine laufende Gegenwirkung notwendig, damit die Bäume der Konzentration nicht in den Himmel wachsen. Auch eine gesunde Portion Skepsis in der öffentlichen Meinung gegenüber wirtschaftlicher Macht und Größe wäre gerade bei uns Deutschen sehr heilsam.

8. Im Schlußabschnitt des Antrages hat der Parteivorstand die gesamtdeutsche Aufgabe auch der Wirtschafts- und Finanzpolitik hervorgehoben. Unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziel-

setzungen und Aufgaben stehen in der Tat nicht für sich allein. Sie müssen eingeordnet sein in die Gesamtheit der Ziele der allgemeinen Politik. Die Geschichte hält für uns Deutsche ja nicht nur die Probleme des „guten Lebens“ in der Wohlstandsgesellschaft parat. Sie stellt uns doch in erster Linie vor die Herausforderungen, die durch die politische Situation unseres Vaterlandes vorerst unverändert gegeben sind. Auch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik kann und muß in den Dienst unserer politischen Hauptaufgabe, der Lösung der deutschen Frage, gestellt werden. Das Beispiel Berlin zeigt, daß wir sogar hier und heute ganz konkrete Möglichkeiten haben, auch mit ökonomischen Mitteln gesamtdeutsche Politik zu treiben. Auch der Interzonenhandel ist ein wirtschaftspolitisches Instrument im gesamtdeutschen Interesse; dieses Instrument muß aktiviert werden. Hier bedarf es neuer Impulse. Nicht umsonst hat in diesen Tagen das Wort vom Interzonenhandel als dem „Mauerblümchen“ in der bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik eine so große Resonanz gefunden. In der Tat — ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu wollen und zu können — möchte ich doch sagen: Manche Chance, etwas mehr im koordinierten Zusammenhang auszuhandeln, wurde dort verpaßt. Ich will nur ein Beispiel erwähnen: Vor geraumer Zeit machte der Berliner Senat den Vorschlag, für den innerdeutschen Besucher- und Reiseverkehr einen Reisescheck und ein entsprechendes Clearing-System einzuführen. Vor allem deswegen, um unseren Landsleuten im Interesse ihrer Selbstachtung die Gelegenheit zu geben, eigene Zahlungsmittel mitzubringen, womit sie sich hier aus eigener Kraft das eine oder andere leisten könnten.

Es gibt bekanntlich schon zwischen den beiden Währungsgebieten ein Verrechnungssystem für Güter und Dienstleistungen, sogar für Gema-Leistungen, aber eben nicht für die deutschen Menschen, die von Deutschland nach Deutschland reisen. Unser Vor-



Senator Prof. Dr. Karl Schiller

schlag ist in der Bonner Regierungsmaschine behandelt worden. Mancherlei Bedenken und Problem-erörterungen lösten da einander ab. Jedoch, weder ein klares Ja noch ein klares Nein wurde gesagt. Außerdem könnte man jederzeit jeden Einwand punctum contra punctum sachlich widerlegen. Aber auch heute ist noch nicht mal klar, was aus der Sache wird. Das nenne ich Lässigkeit in gesamtdeutschen und Interzonen-Wirtschaftsfragen. Und das wird und muß gründlich und gänzlich anders werden.

Doch verlassen wir dieses Beispiel und wenden uns wieder der grundsätzlichen Seite zu. Unser weiterer wirtschaftlicher Aufschwung und unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung sollen ihre Impulse doch nicht dadurch erhalten, daß der westdeutsche Mensch der Nachkriegszeit alle seine Energien in einem gleichsam unpolitischen Raum einströmen läßt. Gerade im Ausland wird ja gern hierin die letzte Ursache für die neudeutsche Tüchtigkeit gesehen. In Wahrheit ist in der westdeutschen Wirtschaft ein sehr starkes Gefühl und Interesse für die wirtschaftenden Menschen und die Arbeitsstätten in Mitteldeutschland vorhanden. Auch diese, oft noch latenten Kräfte in unserer eigenen Wirtschafts- und Arbeitswelt sollten wir mobilisieren. In einem geteilten Lande können Wirtschaft und Finanzen sich nicht in den elfenbeinernen Turm des rein Kommerziellen zurückziehen. Die Freiheitlichkeit unserer Wirtschaftsordnung und unserer Wirtschaftspolitik findet vielmehr in der verstärkten gesamtdeutschen Konfrontation und in der Auseinandersetzung mit jener anderen Welt ihre besondere Bewährung.

II. Sparen fördern - Vermögen bilden in einer leistungsfähigen Wirtschaft

**Berichterstattung vor dem Plenum
des Parteitages:
Senator Prof. Dr. Karl Schiller**

Aus der Arbeitsgemeinschaft „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“ darf ich berichten, daß wir den Antrag des Parteivorstandes „Eigentum für alle: Aufgabe unseres Jahrzehnts!“ sowie drei weitere Anträge in ihren wesentlichen Punkten und in ihren Unterschieden eingehend diskutiert haben. In der Arbeitsgemeinschaft bestand Einmütigkeit zwischen allen Rednern in folgenden Punkten:

1. Nach der Phase des Aufbaues und der im großen und ganzen ungezügelter Expansion unserer Wirtschaft treten wir nunmehr in einen neuen Abschnitt ein, in dem wichtige Probleme, die in der bisherigen Entwicklung zu kurz gekommen sind, von uns systematisch und tatkräftig angepackt werden müssen. An der Spitze der Probleme, die uns in dem neuen Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung erwarten, steht die Aufgabe, eine breitgestreute Vermögensbildung herbeizuführen. Die bisherige Vermögensbildung ist nicht allein der Tüchtigkeit der Besitzer zuzuschreiben. Zufall, Machtposition und andere Faktoren haben hierbei kräftig mitgespielt. Wir sind dagegen der Meinung, daß unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung erst ihre eigentliche Bewährung darin findet, wenn sie allen Mitgliedern der Gesellschaft die Chance bietet, persönliches Eigentum zu erwerben.

ben. Dazu wollen wir mit unserem fünfteiligen Vermögensprogramm die Voraussetzung schaffen.

2. Eine gerechtere Vermögensverteilung — darüber bestand auch Einigkeit — kann nicht erreicht werden durch eine einzige Prozedur oder durch ein einziges Rezept. Aladins Wunderlampe ist kein Hilfsmittel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Es bedarf vielmehr eines ganzen Fächers verschiedener, auf ein Ziel gerichteter Maßnahmen, wie Georg Leber es treffend ausdrückte, der sich zugleich sehr nachdrücklich für die Annahme dieses Antrages des Parteivorstandes, aussprach.

3. Eine gerechte Vermögensverteilung — so war das weitere gemeinsame Ergebnis — kann nur in einem Entwicklungsprozeß erreicht werden, zu dessen Initialzündung und Daten wir heute und hier die Weichen zu stellen haben. Eine rückwirkende Umverteilung bestehender Vermögen fand in der Arbeitsgemeinschaft keine Befürwortung.

Dagegen ergab sich an Hand des Änderungsantrages unseres Freundes Lenders eine Meinungsverschiedenheit in der Frage, ob der zukünftige Vermögenszuwachs durch staatliche Zwangsmittel umverteilt werden solle. Der Antrag stellte darauf ab, daß der ständige Vermögenszuwachs in der Großwirtschaft durch zusätzliche Besteuerung unmittelbar den gemeinnützigen Investment-Fonds dienstbar gemacht werden sollte, die im Vorschlag des Parteivorstandes vorgesehen sind.

In der Diskussion zu diesem Änderungsantrag wurde darauf hingewiesen, daß der Vorschlag des Parteivorstandes an Stelle der staatlichen Zwangsabgabe die „Tariffähigkeit“ vermögenswirksamer Leistungen der Unternehmungen fordert, daß eine zusätzliche Zwangsabgabe, wie sie durch den Antrag Lenders vorgesehen war, gerade die Wachstumsindustrien besonders treffen würde und schließlich, daß die Entrichtung dieser Zwangsabgaben in Form von An-

teilsrechten auf grundgesetzliche Bedenken stoßen würde. Die entschädigungslose Enteignung ist kein Mittel sozialdemokratischer Eigentumpolitik. Der Änderungsantrag wurde gegen acht Stimmen abgelehnt.

Dagegen beschloß die Arbeitsgemeinschaft gegen eine Stimme und bei drei Stimmenthaltungen, dem Parteitag zu empfehlen, den Antrag des Parteivorstandes unverändert anzunehmen.

Gleichzeitig schlägt die Arbeitsgemeinschaft vor, daß die drei weiteren Anträge durch die beiden Abstimmungen als erledigt zu gelten haben.

Zur Sache selbst darf noch folgendes hinzugefügt werden:

Mit dem Vorschlag zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand betreten wir Neuland.

Das Programm wird von der Überzeugung getragen, daß persönliches Eigentum dazu beiträgt, die Freiheit des einzelnen und die seiner Familie zu sichern und ihn gegenüber den Auswirkungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Macht unabhängiger zu machen.

Mit dieser Feststellung weiß die Sozialdemokratische Partei sich einig mit den sozialwissenschaftlichen Vertretern beider Kirchen wie darüber hinaus mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Das Programm ist methodisch weit mehr als ein Programm der sozialen Sparförderung. Zwar wird auch die Sparförderung selbst nach dem Vorschlag massiv ausgebaut; aber es wird darüber hinaus, wie schon gesagt, die Tariffähigkeit vermögenswirksamer Leistungen der Unternehmungen gefordert. Es werden neue Institutionen zur Förderung der Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand eingerichtet werden müssen und es werden auch in Folgewirkung dieser Maßnahmen gewisse Konsequenzen für andere Bereiche

der Wirtschafts- und Finanzpolitik gezogen werden müssen.

Zum Beispiel wird klar im vierten Teil des Vermögensprogramms ein Weg gewiesen, um die bisherige nur äußerlich der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand dienende Ausgabe von Volksaktien bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmungen auf eine grundsätzlich neue Basis zu stellen, nämlich: entweder durch Ausgabe stimmrechtsloser und ähnlicher Vorzugsaktien an Arbeitnehmer oder durch Ausgabe von Aktien mit Stimmrecht an einen der vorgeschlagenen gemeinnützigen Investment-Fonds. Damit soll verhindert werden, daß die Privatisierung öffentlicher Unternehmungen tatsächlich doch wieder beim Zweit- oder Drittverkauf der Aktien zu einer Vermögenskonzentration führt. Zugleich werden mit einer solchen, in unserem Programm vorgeschlagenen Konstruktion die betroffenen Unternehmen weiterhin durch das verbleibende Stimmrecht der öffentlichen Hand bzw. des Investment-Fonds zum Nutzen des Gemeinwohls geführt werden können.

Schließlich darf noch auf den letzten Teil unseres Vermögensprogramms hingewiesen werden. Gerade wenn unsere Maßnahmen der Sparförderung und der privaten Eigentumbildung gelingen, so brauchen wir für diese Kapitalbeträge neue Schuldner. Hier muß auch die öffentliche Hand eintreten. Das Eigentum in Arbeitnehmerhand sollte in Zukunft auch in Staatspapieren bestehen, die mit einem Sozialbonus versehen sind. Nach zwei Inflationen, aber auch nach fast zwanzigjähriger Aufbauarbeit aller wäre es eine staatspolitische Tat ersten Ranges, wenn wir dem Staatskredit im breiten Publikum ein neues Vertrauen verschaffen könnten.

In Übereinstimmung mit der gesamten Arbeitsgemeinschaft darf ich noch einen weiteren Gedanken hinzufügen:

Das von den Sozialdemokraten in harten Kämpfen ausgebaute System der sozialen Sicherung wird auch

in Zukunft seine Aufgabe behalten. Es kann keine Rede davon sein, daß unser Programm zur Vermögensbildung dazu dienen könnte, das System der sozialen Sicherung zu verkleinern. Privat gebildetes Eigentum ist kein Ersatz für die durch Arbeitsleistung und Beitragszahlung erworbenen Ansprüche in der Sozialversicherung.

Beide Dinge, das System der sozialen Sicherung und das nach unserem Programm gebildete Eigentum in Arbeitnehmerhand werden in Zukunft zwei wesentliche Säulen unserer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein. Daraus wird schon ersichtlich, daß dieses Vermögensprogramm alles andere als eine Oberflächenkorrektur darstellt. Es wird sich vielmehr auf weite Bereiche unserer Volkswirtschaft auswirken. Sparkapitalbildung, Fremdfinanzierung, unternehmerische Investitionen werden von diesem Programm beeinflusst werden, und zwar in der Richtung des weiteren Ausbaues unserer Wirtschaft.

Das Programm ist ein Beispiel dafür, wie man zwei wichtige gesellschaftspolitische Zielsetzungen miteinander verbinden kann, nämlich

soziale Stabilität und ökonomischen Aufstieg.

III. Eigentum für alle: Aufgabe unseres Jahrzehnts!

**Das „magische Viereck“: Vollbeschäftigung,
Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches
Gleichgewicht, gerechte Einkommens- und
Vermögensverteilung**

Entschließung des Plenums

Der bisherige ökonomische Fortschritt in der Bundesrepublik hat bei den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen nicht zu einer Vermögensbildung in nennenswertem Ausmaß geführt. Obwohl allgemein Einigkeit darüber besteht, daß die wirtschaftlichen Anstrengungen aller auch Wohlstand für alle ergeben müssen, sieht sich die jetzige Bundesregierung nicht in der Lage, über eine Verbesserung in der Vermögensverteilung berichten zu können, sondern muß die fortschreitende Vermögenskonzentration zugeben.

Dieses Ergebnis kann nicht überraschen: Ist doch der Volkswirtschaft der Bundesrepublik die Aufgabe der breitgestreuten Eigentumsbildung vom Gesetzgeber bisher noch nicht ernsthaft gestellt worden. Wie der Wohnungsbau und die Rentenreform nicht einfach ein Nebenprodukt der marktwirtschaftlichen Ordnung waren, sondern im Gegenteil eine Voraussetzung ihres Funktionierens sind, wie die Beseitigung der Verkehrsnot und der Schwächen im Bildungs- und Gesundheitswesen entsprechender politischer Entscheidungen bedarf, so muß auch eine „Vermögensbildung für jeden“ der Marktwirtschaft und der Wirtschaftspolitik erst als neues soziales Ziel gesetzt werden. Dies ist bisher nicht geschehen. Das Gesetz zur

Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer („312-DM-Gesetz“) war ein unzulänglicher Versuch in möglicher Richtung. Die bisherige öffentliche Sparförderung durch Steuerbegünstigung und Prämien stellte infolge ihrer Bedingungen keinen Beitrag zur Verbesserung der gegebenen Vermögensverteilung dar. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen schließlich hatte von vornherein ganz andere Zwecke.

In der Denkschrift des Arbeitskreises evangelischer und katholischer Sozialwissenschaftler vom Januar 1964 heißt es: „Persönliches Eigentum trägt dazu bei, die Freiheit des einzelnen und die seiner Familie zu sichern und ihn gegenüber den Auswirkungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Macht unabhängiger zu machen.“ Dieser Feststellung braucht nichts hinzugefügt zu werden; sie bedarf jedoch nun einer sie realisierenden politischen Aktion. In Übereinstimmung mit der erwähnten Denkschrift und in der Hoffnung auf Unterstützung durch andere Parteien hält die SPD folgende Grundfeststellungen und Grundentscheidungen für nötig:

1. Das Verteilungsproblem kann in einer wachsenden Wirtschaft nicht isoliert von den anderen großen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen angepackt werden. Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sind gleichermaßen anzustreben. In diesem „magischen Viereck“ darf die Wirtschaftspolitik nicht ein Ziel auf Kosten eines anderen begünstigen.

2. Die Lösung dieses Problems in einer weltoffenen Volkswirtschaft mit großer Freizügigkeit von Menschen und Kapital ist nur bei einem stetigen kräftigen Wirtschaftswachstum mit den ihm eigenen starken Produktivitätsfortschritten möglich. Die Sicherung dieses gesamtwirtschaftlichen Rahmens für eine bessere Vermögensverteilung verlangt die laufende Anwendung des vielfältigen Instrumentariums kurz- und längerfristiger Wirtschaftspolitik, verlangt damit



Aus der Arbeitsgemeinschaft „B“ auf dem Karlsruher SPD-Parteitag; von links nach rechts: Dr. Strelitz; Georg Leber; Oswald, hessischer Finanzminister; Arndt, hessischer Wirtschaftsminister.

die dreifache Kombination von Marktwirtschaft, fiskalischer wie monetärer Globalsteuerung und Wohlfahrtspolitik.

3. Der Eigentumszielsetzung werden durch Beachtung der anderen großen wirtschaftspolitischen Richtpunkte aber nicht nur Grenzen gesetzt, sie wird auch von ihnen unterstützt. So ist Stabilität des Preisniveaus notwendig, um die Vermögensbildung in Geldform nicht durch Geldentwertung zu beeinträchtigen. So ist Vollbeschäftigung erforderlich, um allen Arbeitsfähigen ein Einkommen zu sichern, das Sparen überhaupt erst möglich macht. So ist eine intensive Wohlfahrtspolitik unerlässlich, um durch laufende Verbesserung des allgemeinen Niveaus in Bildung und Ausbildung die Chancen für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung zu vergrößern und um den Lebensstandard der nicht mehr in der Produktion von Gütern und Diensten mitwirkenden Personen ebenfalls zu erhöhen. Auch eine gerechtere Einkommensverteilung wirkt bereits auf eine gerechtere Vermögensbildung hin.

4. Diese Möglichkeiten der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik müssen durch spezielle politische Aktionen ergänzt werden, wenn bald greifbare Resultate erzielt werden sollen. Eine breitgestreute Vermögensbildung kann nicht durch eine einzige Prozedur und durch ein einziges Rezept, sondern nur durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter und auf das gleiche Ziel gerichteter Maßnahmen erreicht werden. Ein derartiges vielseitiges Eigentumsprogramm enthält folgende fünf Aktionsbereiche:

- I. Nachdrückliche Verbesserung der Vorschriften über Sparförderung,
- II. Erneuerung des 312-DM-Gesetzes von Grund auf,
- III. Gründung gemeinnütziger Investment-Fonds,

- IV. Neugestaltung der Privatisierung öffentlicher Unternehmungen, soweit diese volkswirtschaftlich zweckmäßig ist,
- V. Nutzung des zu erwartenden höheren Sparvolumens zur Finanzierung der Investitionen für Gemeinschaftsaufgaben.

I.

5. Durch eine großzügige Sparförderung können auch die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen zur Vermögensbildung in Wohnungseigentum und in den vielfältigen Formen der Geldanlage ermutigt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion liegt seit dem März 1962 dem Bundestag vor. Bei der Förderung des privaten Sparens aus öffentlichen Mitteln wird man sicherlich die volkswirtschaftlichen Grenzen beachten müssen. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Sparförderung fällt aber ins andere Extrem: Er führt, den eigenen Angaben der Bundesregierung zufolge, zu einer Verminderung der begünstigten Spartätigkeit und trägt zudem noch wenig zur Verbesserung der Vermögensverteilung bei, da die Vergünstigungen, soweit sie in Sparprämien gegeben werden, unabhängig von der Einkommenshöhe eingeräumt werden, soweit sie im Rahmen der Einkommensteuer gewährt werden, sogar mit steigendem Einkommen größer werden. Es bedeutet ein Ausweichen vor den Problemen, daß die Regierungsparteien nunmehr die notwendige Neugestaltung der Sparförderung aus dem Steueränderungsgesetz 1964 ausgeklammert und die weitere Behandlung dieses Problems auf unbestimmte Zeit vertagt haben.

Für stärkeres Sparen der Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sind aber zusätzliche Anreize notwendig: Die im ursprünglichen Entwurf des Steueränderungsgesetzes 1964 vorgeschlagenen Prämiensätze sind daher auf 30 bis 45 v. H., d. h. um 10

Punkte zu erhöhen, sofern das monatliche Einkommen bei verheirateten Einkommensbezieher 1500 DM nicht übersteigt; für jedes Kind erhöht sich die Grenze der Zusatzförderung um 150,— DM.

6. Für die nach dem Sparprämienengesetz auf 5 oder 6 Jahre festgelegten Gelder gewährt ein Teil der Geldinstitute nur den gleichen Zinssatz wie bei den Spareinlagen mit 12monatiger Kündigungsfrist. Es erscheint gerechtfertigt, bei einem erheblich längeren Liquiditätsverzicht auch bessere Konditionen zu gewähren.

II.

7. Das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber („312-DM-Gesetz“ von 1961) ist neu zu gestalten und damit endlich zur Wirkung zu bringen. Dazu sind u. a. erforderlich: Die Verdoppelung der abgabefreien Leistungen auf 624,— DM, die völlige Abgabefreiheit der Zuwendungen, die Einbeziehung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Ausdehnung der Vergünstigungen auf tarifvertragliche Vereinbarungen bezüglich vermögenswirksamer Leistungen der Arbeitgeber. Hierfür können besondere Einrichtungen geschaffen werden.

III.

8. Die Eigentumsbildung in Form von Beteiligungskapital durch größere Kreise der Arbeitnehmerschaft wird durch die Gründung von gemeinnützigen Investment-Gesellschaften zum Erwerb von Aktien und sonstigen Wertpapieren auf dem offenen Markt wesentlich gefördert.

Die Zertifikate von „Gemeinnützigen Investment-Fonds (Stiftungen des öffentlichen Rechts)“ werden jenen Einkommensbezieher, die gemäß obiger Ziffer 5 Anspruch auf eine zusätzliche Sparprämie

haben, zum Kurswert angeboten. Die Erträge dieser Zertifikate sind steuerfrei. Darüber hinaus sind sie mit besonderen Bonifikationen auszustatten, z. B. wenn sie für die Finanzierung späterer Hoch- und Fachschulausbildung beitragen sollen. Die Erstaussstattung mit liquiden Mitteln ist den Stiftungen durch die öffentliche Hand zu kreditieren.

IV.

9. Soweit die Privatisierung öffentlicher Unternehmen aus volkswirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist, muß sie in Zukunft auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Sie erfolgt, indem entweder (stimmrechtlose und ähnliche) Vorzugsaktien an Arbeitnehmer ausgegeben oder Aktien mit Stimmrecht einem Investmentfonds nach Ziffer 8 zugeführt werden. Damit würden die betroffenen Unternehmen zum Nutzen des Gemeinwohls geführt werden können und nicht der Beherrschung durch private Machtgruppen anheimfallen.

V.

10. Das auf Grund dieses Eigentumsprogramms zu erwartende höhere Sparvolumen wird einem weiteren Wachstum der privaten Verbrauchsausgaben und damit einer weiteren ökonomischen Expansion nicht entgegenstehen. Das Aufkommen an Kapitalmarktmitteln wird sich freilich in einem Maße erhöhen, daß die ihr entsprechende Schuldaufnahme nicht nur von den Unternehmen und dem kapitalimportierenden Ausland (z. B. Entwicklungshilfe), sondern ebenfalls bei öffentlichen Körperschaften in der Bundesrepublik erfolgen muß, wenn ein weiteres stetiges Wachstum der Gesamtwirtschaft gewährleistet sein soll. Die notwendige öffentliche Schuldaufnahme zur Finanzierung der Investitionen für Gemeinschaftsaufgaben kann auf diese Weise zugleich einer besseren Vermögensverteilung dienen.

11. Dieses Programm ist als Initialzündung der Vermögensbildung gedacht. Es soll einen neuen Prozeß der Kapitalbildung einleiten, bei dem mit jedem Vermögenszuwachs zugleich dessen bessere Verteilung gegeben ist. Bei weiter steigendem Realeinkommen und damit steigender Sparfähigkeit können dann später die Anreize vermindert werden.

12. Wie schon in der wirtschafts- und konjunkturpolitischen Stellungnahme des Vorstandes der SPD vom 29. Mai 1964 festgestellt wurde, trägt ein solches Programm in Zeiten starker Gesamtnachfrage mit ihren Gefahren der Preissteigerung auch wirksam zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität bei.

IV. Stabile Wirtschaft - stabile D-Mark - gesundes Wirtschaftswachstum - steigender Wohlstand

**Berichterstattung vor dem Plenum des Parteitages:
Senator Prof. Dr. Karl Schiller**

Antrag des Parteivorstandes „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“.

Die Wirtschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung besteht in dieser Legislaturperiode in allen wichtigen Fragen eher in einem Unterlassen, denn in einem zielbewußten Handeln. Vorschläge oder Initiativen sind rar geworden. Soweit sie geäußert werden, bleiben sie entweder in der verbrauchten und brüchig gewordenen Regierungsmaschinerie stecken oder führen zu überhasteten und überdosierten Maßnahmen hin, die dann nachher korrigiert werden müssen, oder es werden schließlich und letztlich nur Gefälligkeiten für jedermann wahllos nach allen Seiten ausgestreut.

In diesem ganzen Prozeß stellt sich meines Erachtens immer deutlicher heraus, daß die wirtschaftspolitischen Denk- und Aktionsschablonen der Jahre 1948/1949 nicht mehr ausreichen, um die Wirklichkeit von heute zu meistern. Wir befinden uns jetzt — auch international gesehen — im vierten Boom der Nachkriegszeit.

Aber seit jenem ersten Aufschwung haben sich die Probleme und die Größenordnungen gründlich gewandelt. Entsprechend sollte sich doch auch die

Politik verändern. Demgegenüber klebt die derzeitige offizielle Wirtschafts- und Finanzpolitik immer noch — so möchte man sagen — an ihrem Ausgangsmodell, das doch zu einem Klischee geworden ist. Marktwirtschaft sollte aber doch nicht laissez-faire heißen. Der vitale Elan der Marktwirtschaft ist sicherlich auf Dauer ein unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Aber diese Marktwirtschaft muß systematisch durch eine zeitgerechte, wohlabgewogene und tatkräftige Politik ergänzt werden, damit die Probleme der kommenden Jahre gelöst werden können. Hier bedarf es also eines modernen, in die Zukunft gerichteten Konzepts, das der Realität unserer „gemischten Wirtschaftsordnung“, in der wir leben, entspricht. Ohne ein solches Konzept könnte die Marktwirtschaft selbst leicht zu einem Ladenhüter in der deutschen Wirtschaftsgeschichte werden.

Heute stellt die Lage in zahlreichen wirtschaftspolitischen Bereichen eine Herausforderung zur Aktivität für alle diejenigen dar, die sich ernsthaft um neue Zielvorstellungen und Methoden bemühen, damit die anstehenden Probleme in einer Weise gelöst werden, daß zugleich Stabilität wie wirtschaftlicher Fortschritt und Aufstieg gewahrt werden.

Mit diesem Antrag, den die Arbeitsgemeinschaft „Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit“ fast unverändert dem Parteitag zur Annahme empfiehlt, wird ein wirtschafts- und finanzpolitisches Programm aus einem Guß vorgelegt, das Wege zur Lösung der anstehenden Probleme aufzeigt. Mit dem gestern vom Parteitag verabschiedeten Antrag zur Eigentums politik bildet dieses ein geschlossenes Ganzes.

In diesem Programm stehen folgende Ziele im Vordergrund:

1. Die Sicherung eines optimalen und stetigen Wirtschaftswachstums bei Vollbeschäftigung
2. Stabilität des Preisniveaus
3. Höchstmögliche internationale Zusammenarbeit

4. Gerechte Einkommens- und Vermögensbildung
5. Entschlossenes Anpacken der Gemeinschaftsaufgaben
6. Eine Finanzverfassung, die den heutigen Ansprüchen genügt
7. Gerechte wie einfache Besteuerung
8. Schutz der Autonomie der Tarifpartner
9. Ausbau unserer Wettbewerbsordnung und beharrliche Bekämpfung von Machtmißbrauch
10. Gleiche Chancen für die Mittelschichten
11. Hilfe für die bisher vernachlässigten Regionen unseres Wirtschaftsgebietes
12. Gesteuerte Anpassung für die von Strukturwandlungen betroffenen Wirtschaftsbereiche
13. Beseitigung der restlichen Wohnungsnot.

Soweit die Ziele. Ihnen wurde in den Beratungen der Arbeitsgemeinschaft ohne Einschränkung zugestimmt. Eine lebhafteste Diskussion und wertvolle Anregungen an das Plenum ergaben sich bei der Behandlung der Mittel. So wurde vorgeschlagen, die verantwortlichen Stellen jetzt zu veranlassen, die Neufeststellungen der Einheitswerte vorzunehmen. Die Arbeitsgemeinschaft war aber der Auffassung, daß Bundesregierung und Bundestag nicht aus ihrer Verantwortung für die Verabschiedung des Bewertungsgesetzes entlassen werden dürften. Des weiteren wurde angeregt, für die Kontrolle wirtschaftlicher Macht das Mitbestimmungsrecht im Sinne des Godesberger Programms weiterzuentwickeln.

Zur Mittelschichtenpolitik (IV/3) wurde die Frage aufgeworfen, ob sich für die kleinen und mittleren Betriebe bei der Bemessung der gesetzlichen Sozialleistungen nicht auch eine andere Bezugsgröße als der Arbeitslohn finden läßt. Zur Frage der Raumordnung und Regionalpolitik wird durch den Vorschlag, in Punkt V/2 „gesetzliche“ (nicht wie es ursprünglich hieß „rechtliche“) Voraussetzungen zu

schaffen und im nächsten Absatz (Ziffer 3) ausdrücklich die Erarbeitung und Verabschiedung eines Hilfgesetzes für die Zonenrandgebiete zu verlangen, der Meinung der Arbeitsgemeinschaft in der vorliegenden Fassung voll entsprochen.

Schließlich erhielten wir, insbesondere von unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen, zahlreiche Anregungen zur Energiepolitik, vor allem zu Hilfsmaßnahmen für den Bergbau. Ich nenne hier nur: Maßnahmen zur Beeinflussung des Ausbaus der Raffineriekapazitäten, der Ölimporte, die Aufstellung von Energiebilanzen sowie eine angemessene Entschädigung für die Menschen, die im Vertrauen auf die frühere intensive staatliche Werbung den schweren Beruf des Bergarbeiters ergriffen haben und nun ihre Kündigung befürchten müssen. Die Arbeitsgemeinschaft war der Auffassung, daß der Antrag des Parteivorstandes für die Formulierung einer wirksamen Energiepolitik ausreichend ist. Er packt das Problem von drei Seiten an:

1. Es müssen im Rahmen einer langfristigen Planung und in Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften die Unternehmer und die Arbeitnehmer über die zukünftige Entwicklung der einzelnen Energieträger informiert werden;
2. kurzfristige Störungen auf dem oligopolistischen Mineralölmarkt, der zur Zeit durch einen ausgesprochenen Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet ist, sind durch staatliche Maßnahmen abzuwehren;
3. im Falle unvermeidlicher Stilllegungen oder Produktionseinschränkungen sind vorher neue Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Anspruch auf Wohnraum zu sichern.

Neben die ausreichende Entschädigung für das verlorene Kapital muß ein großzügiger Einkommensausgleich für ehemalige Bergarbeiter treten.

Dieses Aktionsmodell hat nicht nur für den Steinkohlenbergbau volle Bedeutung, es kann für jeden von Strukturwandlungen betroffenen Wirtschaftszweig angewendet werden. So z. B. für die Landwirtschaft, in der, wie es in unserem Antrag heißt, das bisherige Fehlen „einer wahrhaftigen und zugleich großzügigen Politik“ die Lage „im Endeffekt für den deutschen Bauern nur verschlimmert“ hat. Auch heute noch schwankt die Bundesregierung, wenn man den gestrigen Verlautbarungen des Bundespressechefs folgt, zwischen Europa und einer unwahrhaftigen Agrarpolitik hin und her; sie hofft aber, ihren Koalitionspartner für eine mehrheitliche Bewältigung der Anpassung des Getreidepreises zu gewinnen.

Dies beweist einmal mehr, daß die deutschen Bauern über ihre Zukunft und die notwendigen Strukturwandlungen informiert werden müssen, so daß ihnen in der Zwischenzeit kostspielige Fehlinvestitionen erspart bleiben und daß ihnen rechtzeitige und großzügige Einkommens- und Strukturhilfen gewährt werden müssen.

Selbstverständlich standen die großen wohnungswirtschaftlichen Ziele, Abbau des Wohnungsdefizits, Familienheime, Stadterneuerung, soziales Miet- und Wohnrecht dieses Antrages nicht zur Debatte. Zahlreiche Anregungen bezogen sich auf die Bekämpfung der Bodenspekulation. So wurde die Einführung eines Ankaufsrechtes der Gemeinden für neue Baugebiete und die Wiederbelebung der von früher bekannten Wertzuwachsangabe vorgeschlagen. Die Arbeitsgemeinschaft konnte sich wegen der starken Kritik, die von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft geäußert wurde, zu entsprechenden Vorschlägen an den Parteivorstand nicht entschließen.

Dagegen wurde die Anregung zur Wohnungsbaupolitik, Punkt VIII/1, aufgenommen, wonach auch in Zukunft für einen funktionsfähigen Wohnungsmarkt öffentliche Hilfen notwendig sind. Ebenfalls wurde

in Ziffer 2 auch die Unterstützung des Baues von Eigentumswohnungen und in Absatz 3 der Bau von Genossenschaftswohnungen in den Antrag einbezogen.

Dem Katalog der Instrumente für die globale Steuerung der Konjunktur- und Wachstumspolitik, der Verzahnung von Finanz- und Wirtschaftspolitik und der Wettbewerbsordnung wurde in der Arbeitsgemeinschaft ohne Vorbehalt zugestimmt. Für die SPD liegen die Grenzlinien zwischen einzelwirtschaftlicher und staatlicher Aktivität seit langem fest. Für die SPD sind volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, mehrjährige Haushaltspläne, antizyklische Finanzpolitik, Kartellbekämpfung, mittelfristige Programmierung vertraute Werkzeuge.

Dies braucht vor diesem Forum an sich nicht mehr besonders betont zu werden. Bemerkenswert ist aber doch, daß sich dies alles nun auch in der Öffentlichkeit endgültig durchgesetzt hat. Bemerkenswert ist ferner, daß trotz der ausreichenden Informationsgelegenheiten über den wissenschaftlichen Stand von heute die Öffentlichkeit immer noch auf die entsprechenden klaren Aussagen und Abgrenzungen der anderen beiden Parteien warten muß. Was ein modernes Instrumentarium der Wirtschafts- und Finanzpolitik betrifft, so finden wir bei den anderen Parteien nur weiße Flecken auf der Landkarte.

Die Arbeitsgemeinschaft billigte vorbehaltlos die politischen Schlußfolgerungen der Vorlage zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es ist für uns Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, daß Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht für sich stehen können, sondern eingeordnet sein müssen in die Gesamtheit der Ziele unserer Politik. Die Geschichte hält für uns Deutsche nicht nur die Probleme des guten Lebens in der Wohlstandsgesellschaft parat, sie stellt uns doch in erster Linie vor die großen Herausforderungen, die durch die Teilung unseres Landes vorerst unverändert gegeben sind. Auch unsere Wirtschafts-

und Finanzpolitik muß letztlich der Lösung der deutschen Frage dienstbar gemacht werden. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden deutschen Währungsgebieten verlangt die besondere Aufmerksamkeit unserer Politik; er darf nicht zu denen gehören, die im Schatten des politischen Geschehens stehen. Wir haben gestern abend erfahren, daß das Zonenregime den Zwangsumtausch für die DM/West in der Zone und in Ostberlin eingeführt hat. Für diese einseitige Handlung der anderen Seite gibt es keine Entschuldigung. Dennoch muß ich noch einmal daran erinnern, daß die Bundesregierung dem Zonenregime diese Aktion sehr viel schwerer hätte machen können, wenn sie rechtzeitig auf die Vorschläge des Senats von Berlin eingegangen wäre. Unsere Vorschläge umfaßten bekanntlich die Einführung eines Reiseschecks und Clearingsystems für den innerdeutschen Besucher- und Reiseverkehr. Leider wurden diese Vorschläge von Bonn mit größter Zurückhaltung, ja mit Lässigkeit behandelt. In diesen Fragen wird eine sozialdemokratische Bundesregierung eine gänzlich andere Haltung einnehmen. Sie wird dabei nicht allein stehen. Denn wir wissen, die deutsche Wirtschaft zieht sich nicht in den elfenbeinernen Turm des rein Kommerziellen zurück. Vielmehr ist in ihr ein sehr starkes Gefühl und Interesse für die wirtschaftenden Menschen und die Arbeitsstätten in Mitteldeutschland vorhanden. Auch diese Kräfte in unserer eigenen Wirtschafts- und Arbeitswelt sollten wir durch unsere Politik mobilisieren. Die Freiheitlichkeit unserer Ordnung und unserer Politik findet erst dadurch ihre letzte Bewährung, daß sie sich auch im wirtschaftlichen Alltag ständig dieser Auseinandersetzung mit der anderen Seite stellt.

V. Verantwortliche Finanzpolitik - gerechte Verteilung der Lasten

Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Alex Möller, MdB,
vor dem Plenum des Parteitages

Verehrte Gäste! Nicht der ausgezeichnete Bericht meines Freundes Karl Schiller, mit dem ich ohne Einschränkung übereinstimme, veranlaßt mich, hier vor dem Parteitag das Wort zu nehmen, sondern ich möchte in diesem Stadium der innenpolitischen Auseinandersetzung vom 4. zum 5. Bundestag mit Zahlen streiten, um für die kommenden Monate endgültig die Unterstellung zu beseitigen, unsere Vorstellungen über eine neue, konstruktive Politik in der Bundesrepublik Deutschland seien innerhalb einer vertretbaren steuerlichen Belastungsquote finanziell unrealistisch.

Ich greife zurück auf einwandfreies Beweismaterial, auf unsere Schätzungen zum SPD-Regierungsprogramm des Jahres 1961.

Mit Genehmigung des Präsidenten dieses Parteitages darf ich die Zahlenangaben, von denen ich hier nur Auszüge zur Unterstreichung meines Standpunkts wiedergeben möchte, zu Protokoll geben, so daß Sie eine genaue Zahlenübersicht nachher verteilt als Drucksache erhalten, denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.

Wir haben in den Schätzungen unseres Regierungsprogramms für das Jahr 1961 für die Jahre 1961,

1962 und 1963 ein Steueraufkommen von 256,5 Milliarden DM zugrunde gelegt. Die Ist-Ergebnisse dieser drei Rechnungsjahre betragen 256 Milliarden DM. 256,5 Milliarden DM unsere Schätzung — 256 Milliarden DM ist das Ist-Ergebnis!

Sie werden sich daran erinnern, daß wir in den Auseinandersetzungen im Wahlkampf zum 4. Deutschen Bundestag immer wieder auf das Argument gestoßen sind, daß man Steuereingänge des Jahres 1961 für die ganzen weiteren finanzpolitischen Überlegungen der kommenden Legislaturperiode zugrunde legte und jede dynamische Weiterentwicklung leugnete. Nach unseren Schätzungen müßten wir von 1961 bis 1965 einschließlich 1965 rund 453 Milliarden DM an Steuern einnehmen.

Zu dem Ist-Aufkommen der drei von mir genannten Jahre ist nun noch eine Soll-Zahl für 1964 und eine für 1965 hinzugekommen, die sich aus dem Finanzbericht der Bundesregierung ergibt. Nach diesen Soll-Zahlen und den Ist-Zahlen haben wir mit einem tatsächlichen Aufkommen von 459,5 Milliarden DM zu rechnen, wobei die Steuersenkungen des Jahres 1965 eingeschlossen sind, also abgezogen wurden, gegen rund 453 Milliarden DM SPD-Schätzung.

Wer bei diesen Zahlen die Glaubwürdigkeit unserer finanzpolitischen Überlegungen bestreitet, dem kann ich nicht mehr helfen. Denen muß ich als christlicher Sozialdemokrat sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht mehr, was sie tun!

Dasselbe gilt — das werden Sie auch aus den Zahlenunterlagen, die nachher verteilt werden, entnehmen können — für die SPD-Schätzungen hinsichtlich des Bundesanteils. Für die ersten drei Jahre mit Ist-Ergebnissen hatten wir einen Anteil des Bundes an den Steuern in Höhe von 133,3 Milliarden DM geschätzt. Einkommen sind 135,7 Milliarden DM bei einem veränderten Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ohne diese Änderung wären unsere Schätzungen haargenau richtig gewesen.

Lassen Sie mich auch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Finanzpolitik machen, weil das zu der Gesamtüberlegung und der Konsequenz dazugehört. Wer mit den alten konservativen Vorstellungen dieser Regierung Finanzpolitik machen will, kann natürlich nicht Gemeinschaftsaufgaben und auch kein sozialdemokratisches Regierungsprogramm realisieren.

Die Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland muß nach meiner Auffassung von zwei Grundsätzen getragen werden:

1. Das Einkommen ist nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zu versteuern; dieser Grundsatz muß verbunden sein mit klaren Vorstellungen über die Verteilungspolitik.
2. Die Staatsausgaben sind unter Beachtung der Tatsache wachsender Gemeinschaftsaufgaben zu regeln.

Aus diesen Grundsätzen sozialdemokratischer Finanzpolitik ergeben sich folgende Konsequenzen. Für alle finanzpolitisch zu ergreifenden Maßnahmen bilden diese leitenden Grundsätze die Ausgangspunkte, wobei die Aufgabenstellung der Finanzpolitik Primat besitzt. Erst dann folgt der Finanzierungsaspekt, das heißt, welche Steuergelder überhaupt und in welcher Höhe sie herangezogen werden sollen, richtet sich nach dem Grundsatz einer gerechten Einkommensbesteuerung.

Man begeht einen unverzeihlichen Fehler, wenn man übersieht, daß man bei den Überlegungen zur sozialdemokratischen Finanzpolitik von Alternativen ausgehen muß, und zwar erstens hinsichtlich der Aufgaben, etwa a) der Aufgabenstellung wie bisher unter der gegebenen konservativen politischen Konstellation — man verschone uns von einer solchen Unterstellung, wenn man sich mit unserem Programm auseinandersetzt; das ist ein falscher Ausgangspunkt und muß zwangsläufig zu falschen Ergebnissen füh-

ren; deswegen b) bei Erkenntnis des längerfristig stärkeren Wachstums der Gemeinschaftsaufgaben, zum Beispiel zunehmende Bedeutung der Infrastruktur und demnach auch größere anteilmäßige Bedeutung der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt. Wer das nicht gewollt hat, fährt mit der Postkutsche des Finanzrückens.

Zweitens hinsichtlich des Prinzips der Besteuerung, etwa a): Einkommenspolitik wieder wie bisher unter der gegebenen konservativen politischen Konstellation; dann ist unser Programm nicht realisierbar, oder b): Erkenntnis der Notwendigkeit der längerfristigen Einkommensstrukturveränderungen, zum Beispiel Begünstigung der abhängigen Lohnarbeit, neue Aspekte in der Familienpolitik oder auch Verhinderung von unzulässigen Gewinnmanipulierungen. Nur eine festzulegende Rangordnung der Aufgaben zeigt die sich daraus ergebenden Finanzierungsaspekte auf.

Die Finanzpolitik hat die Aufgabe, eine Koordination mit der Wirtschaftspolitik vorzunehmen; daher das Thema unseres Parteitags: Wirtschafts- und Finanzpolitik als Einheit.

Unter Beachtung der beiden herausgestellten Grundsätze müssen deshalb alle notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Konjunktur- und Wachstumspolitik realisiert werden. Die Beurteilungsmaßstäbe für die Verteilung der Einnahmen auf die Gebietskörperschaften sind meines Erachtens wie folgt festzusetzen:

Erstens: Gegenwärtig ist die Einkommen- und Körperschaftsteuer alleinige Grundlage des Verbundsystems. Diese Steuern sind in erheblichem Maße konjunkturabhängig und tragen die Hauptlast von Steuersenkungen. Bundes- und Länderhaushalte sind daher je nach ihrer Interessenquote an der Einkommensteuer plötzlichen Veränderungen in ihren Einnahmen ausgesetzt, die eine geordnete Haushaltsplanung erschweren.

Dem Vorschlag, die Umsatzsteuer in den Steuerverbund einzubeziehen, würde ich persönlich daher zustimmen.

Zweitens: Voraussetzung jeder Finanzreform ist die Neufestsetzung der Einheitswerte und damit die Verabschiedung des dem Bundestag vorliegenden neuen Bewertungsgesetzes.

Drittens: Die Position der Gemeinden im Verbundsystem ist von der Aufgabenstellung abhängig. Vorrangig bleibt dabei immer die Verteilung der Einnahmen im Finanzausgleich unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit der Gemeinschaftsaufgaben. Für alle Gemeinschaftsaufgaben wäre der beste Grundsatz der einer unbedingten Koordination nach einer einheitlichen Politik. Sie ist nur gegeben, wenn auch in Bonn Sozialdemokraten regieren.

Nun noch eine Schlußbemerkung. Es wird uns in den Pressekommentaren unterstellt, einmal, wir hätten von Bonn und den Regierungsparteien abgeschrieben; ein andermal wird erklärt, das, was wir verkündeten, seien Phrasen oder sei Utopie. Ich würde zunächst empfehlen, daß man sich auf eine Lesart einigt. Nur einem möchte ich entgegentreten, nämlich der Unterstellung, wir hätten von den Bonner Regierungsparteien abgeschrieben. Das wäre politischer Selbstmord, und den werden wir nicht begehen. Eine unseren Aufgaben in Gegenwart und Zukunft gerecht werdende politische Konzeption, so, wie wir sie dargestellt haben, ist nach meiner persönlichen Überzeugung und meinen Untersuchungen finanzpolitisch fest untermauert. Das wird die SPD beweisen, wenn Sozialdemokraten in Bonn regieren.



Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Alex Möller, MÜL

VI. Unsere wirtschafts- und finanzpolitische Plattform:

Stabilität und Aufstieg — Marktwirtschaft, geldpolitische und finanzpolitische Globalsteuerung, Wohlstandspolitik — Schutz dem Verbraucher und Förderung des Leistungswettbewerbs — vorausschauende Strukturpolitik

Entschließung des Plenums

A. Die neuen Aufgaben

Die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland durch die gemeinsame Arbeit aller erreichten ökonomischen Fortschritte dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in einen neuen Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung eintreten. Diese neue Phase verlangt von den verantwortlichen Instanzen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht Appelle, sondern Taten, nicht Zaudern, sondern Entschlußkraft, nicht wahllose Gefälligkeiten, sondern klares Erkennen des Wesentlichen, nicht überhastete und womöglich überdosierte Einzeleingriffe, sondern wohl vorbereitete, aufeinander abgestimmte und zeitgerechte Maßnahmen.

I. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen

Die weltwirtschaftlichen Beziehungen befinden sich in raschem Wandel. Dazu gehören: der internationale Wettstreit um die Zuwachsraten der Sozialprodukte, die in vielen Ländern herrschenden Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen, die großen Anstrengungen auch alter Industrieländer auf rasche Modernisierung ihrer Produktionsstrukturen, die schwere Krise, in die die europäische Einigung geraten ist, das Auftreten der Entwicklungsländer, die

gebieterisch nach einem höheren Lebensstandard verlangen und in denen eine neue Industrialisierungswelle begonnen hat, und die verstärkten Versuche osteuropäischer Länder, selbständiger als bisher als Partner der Weltwirtschaft in Erscheinung zu treten. Allen den damit verbundenen Aufgaben muß sich die neue Bundesregierung stellen:

1. Sie muß unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und fördern.
2. Sie muß in den internationalen und supranationalen Gremien ihre Beiträge zu einer verbesserten Zusammenarbeit leisten.
3. Sie muß erkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Prozeß der wirtschaftlichen Einigung Europas eine Schlüsselrolle zu spielen hat.
4. Sie muß sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht zu einer „geschlossenen Gesellschaft“ wird, sondern nach außen geöffnet bleibt, daß eine freiheitliche Handelspolitik betrieben wird. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, die eine fortschreitende Annäherung zwischen EWG und EFTA herbeiführen.
5. Unsere Außenleistungen an Entwicklungsländer und an befreundete Industrieländer dürfen nicht verzettelt werden. Auf Grund einer vorausschauenden Analyse der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unserer Außenverpflichtungen und in Würdigung unserer Position in der Weltwirtschaft müssen klare Rahmenvorstellungen erarbeitet und Schwerpunkte für unsere Außenleistungen gebildet werden.
6. Die neue Bundesregierung muß sich dafür einsetzen, daß die Kreditbedingungen gegenüber osteuropäischen Ländern soweit wie möglich koordiniert werden, daß aber dabei zugleich dem deutlicher werdenden Autonomiestreben der osteuropäischen Nationalwirtschaften Rechnung getragen wird.

7. Die neue Bundesregierung muß erkennen, daß die unaufhaltsamen Wandlungen in der Weltwirtschaft notwendigerweise Strukturwandlungen in unserer Binnenwirtschaft zur Folge haben. Die notwendigen Anpassungsvorgänge dürfen nicht zurückgestaut werden, sie müssen viel mehr vorbereitet und rechtzeitig durch Übergangsmaßnahmen wirtschaftlich und sozial erleichtert werden.

Strukturpolitik und Wohlfahrtspolitik müssen hier Hand in Hand gehen.

II. Die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen

Unsere gesamtwirtschaftliche Entwicklung muß durch ein optimales Wachstum des Sozialprodukts gekennzeichnet sein. Wir bejahen die oft verlästerte Wohlstandsgesellschaft. Zugleich wissen wir, daß der Wohlstand heute noch keineswegs für alle erreicht ist. Die weiter wachsende Wirtschaft, die weiter zu erringenden Produktivitätsfortschritte, die gesteigerte soziale Mobilität im Arbeitsleben, die neuen Aufstiegschancen, kurzum alle diese notwendigen Erscheinungen und Herausforderungen der modernen Industriegesellschaften verlangen von uns neue soziale und politische Maßstäbe und Verhaltensweisen. Für die wirtschaftliche Wirklichkeit unseres Jahrzehnts sind die Schablonen der Jahre 1948/49 nicht ausreichend. Erst die Kombination von Marktwirtschaft, monetärer und fiskalischer Globalsteuerung und Wohlfahrtspolitik ist die Lösung, die sich auf der Höhe der Zeit befindet.

Diese Kombination ist allein schon deshalb notwendig, um ein optimales und stetiges Wachstum der Gesamtwirtschaft bei Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zu erreichen. Aber neben diesen allgemeinen Richtpunkten einer aktiven und expansiven Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen wir uns gleichzeitig neue Ziele setzen: Die Aufgabe, wirklich einen Pro-

zeß der „Vermögensbildung für alle“ einzuleiten, stellt sich heute unausweichlich. (Vgl. Entschließung des Parteivorstandes zu „Eigentum für alle“.) Das in der bisherigen Expansion entstandene Ungleichgewicht zwischen der Befriedigung privater und öffentlicher Bedürfnisse muß beseitigt werden: Die bisher vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben müssen endlich angepackt werden. Und jene Wirtschaftszweige und sozialen Schichten, die im bisherigen Prozeß zu kurz gekommen sind oder sich anzupassen oder umzustellen haben, müssen nun Gegenstand einer zielgerichteten Politik werden. Damit tritt unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung in ein neues Stadium ihrer Entfaltung und ihres Ausbaus ein:

1. Die wirtschaftliche Expansion muß auch unter erschwerten Bedingungen nun durch eine tatkräftige, systematische und wohlabgewogene Politik fortgeführt, und
2. die zahlreichen gesellschaftlichen Mangelzustände und Schadstellen, die die bisherige ungezügeltere Entwicklung verursacht hat, müssen nun behoben werden.

B. Die Aktionsbereiche

I. Konjunktur- und Wachstumspolitik

Die Hauptfordernisse einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sowohl Aufstieg wie Stabilität sichert, sind folgendermaßen zu skizzieren:

1. Es sind die treibenden Kräfte des marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs, der unternehmerischen Investitionstätigkeit und des technischen Fortschritts in ihrer Eigendynamik zu fördern. Vor allem müssen die Maßnahmen der staatlichen Wettbewerbspolitik, der Finanzpolitik sowie der Geld- und Kreditpolitik auf das optimale Wachstum gerichtet sein.
2. Die Erfüllung vieler Gemeinschaftsaufgaben dient dem weiteren wirtschaftlichen Wachstum: Alle im

Hinblick auf den tätigen Menschen wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Bildung und Ausbildung, des Gesundheitswesens, der Förderung von Wissenschaft und Technik sind zu verstärken.

Die bei der industriellen Expansion unvermeidlich auftauchenden Bedürfnisse nach öffentlichen Investitionen (Verkehrswesen, Raumordnung, Städtebau, Energieversorgung, Wasserwirtschaft usw.) sind langfristig zu planen und rechtzeitig als Strukturinformationen bekanntzugeben; das gilt auch im Hinblick auf die Regionalpolitik.

3. Wirtschaftliche Strukturwandlungen sind genauestens zu beobachten und laufend in Sicht auf die Notwendigkeit etwaiger Einflußnahme zu prüfen.
4. Die überkommenen Kategorien der Wirtschaftspolitik in einzelnen Bereichen (Industrie-, Handwerks-, Gewerbe- und Agrarpolitik) erhalten durch das Wachstumsziel neue Akzente: Nicht Erhaltung oder Förderung schlechthin stehen in erster Linie zur Debatte, sondern vor allem Erhöhung der Produktivität und der Umstellungsfähigkeit. Unvermeidliche Schutz- und Stützungsmaßnahmen sollten, soweit angebracht und möglich, von vornherein mit solchen Impulsen verbunden sein, die in die neue Richtung weisen. Alle Förderungsmaßnahmen sollten ständig daraufhin geprüft werden, ob sie ihre Aufgabe inzwischen erfüllt haben.
5. Die einkommensübertragenden Maßnahmen zur sozialen Sicherung (Sozialausgaben) haben nicht nur ihren wohlfahrtspolitischen Eigenwert. Sie sind auch als ein wesentliches Mittel zur Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität in der ökonomischen Expansion aufzufassen.
6. Die Arbeitsmarktpolitik hat besonders auch der erhöhten Mobilität der Arbeitskräfte zu dienen, um auf diese Weise die wirtschaftliche Verwendung der kostbarsten Produktionskraft, der menschlichen Arbeit, zu verbessern. Ihre Instanzen müssen auch recht-

zeitig auf Engpässe im Angebot von bestimmten Arbeitskräften hinweisen, um hier gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit dem Schul- und Ausbildungswesen Lösungen vorzubereiten.

Ein großer Teil der Schwierigkeiten wird auf mittlere Frist durch eine Neuangleichung der Lohn- und Gehaltsrelationen behoben sein; die Kräfte des freien Arbeitsmarktes wirken ohnehin in diese Richtung. Den Gewerkschaften entstehen hier weitere Aufgaben, nämlich sich sowohl auf neue Berufsgruppen wie auf neue Einkommensrelationen einzustellen, wie überhaupt diese Vorgänge ständig zu fördern. Was allein das wachsende Gewicht der „Dienste“, des sogenannten tertiären Sektors sowie der neuen mit der Automation zusammenhängenden Berufe für die künftige Gewerkschaftspolitik bedeuten, darauf ist hier nur hinzuweisen.

In einer expandierenden Wirtschaft hat das Streben der Gewerkschaften, der wirtschaftlichen Entwicklung unaufhörlich auf den Fersen zu sein, eine positive Funktion im Hinblick sowohl auf den weiteren technischen Fortschritt wie auf die angemessene Entfaltung der Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen. Die Lohnbildung ist Sache der Sozialpartner im Rahmen der Tarifautonomie. Gleichwohl hat die neue Bundesregierung die Kooperation der Tarifparteien dadurch zu erleichtern, daß sie durch eine ausgebaute volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und andere Orientierungshilfen die laufenden Informationen über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungsmöglichkeiten verbessert.

7. Auch die Außenwirtschaftspolitik muß wachstumsbewußt betrieben werden. Zwar ließen sich im Schutz von hohen Zollmauern sicherlich auf kurze Sicht gewisse Produktionen steigern. Aber eine solche Politik findet mit Sicherheit bald ihre Grenzen in der Ausschöpfung der nationalen Produktivkräfte und in der Anhebung des eigenen Preisniveaus. Hält man da-

gegen Schritt mit der internationalen Arbeitsteilung und bleibt in enger Fühlung mit der Weltmarktpreisbildung, so werden sich immer neue Produktivitätsreserven und damit Fortschrittmöglichkeiten erschließen lassen. Nur eine liberale Außenpolitik und eine betont nach außen geöffnete, dritte Länder möglichst nicht diskriminierende Integrationspolitik gewährleisten auf die Dauer ein optimales Wachstum.

8. Eine langfristige Politik muß auch berücksichtigen, daß die Entwicklungshilfe einen gesteigerten Handel mit den Überseegebieten in beiden Richtungen zum Ziel und zur Folge hat. Die Konsequenzen für alte nationale Produktionen müssen bedacht, die Übergänge zu neuen müssen vorbereitet oder erleichtert werden.

9. Die Konjunkturpolitik hat auf die Stetigkeit des Expansionsprozesses hinzuwirken. Dafür muß das entsprechende kurz- und mittelfristige Instrumentarium auch in der Bundesrepublik Deutschland vollen Eingang finden. Eine solche Politik ist nur möglich durch eine laufende enge Kooperation der Instanzen der Geld-, Finanz- und Außenwirtschaftspolitik. Die Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und Geschäftsbanken im Sinne gleichgerichteten konjunkturpolitischen Verhaltens sollte verbessert werden. Unter den Bedingungen der internationalen Verflechtung und vollen Währungsconvertibilität muß die Konjunkturpolitik ergänzt werden durch den Ausbau der zwischenstaatlichen Währungsordnung und durch eine internationale Koordination der Geld- und Finanzpolitik. Es empfiehlt sich die Bildung eines europäischen Konjunkturboards.

10. Die anhaltende Steigerung der Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger maßvoller Lohnpolitik der Gewerkschaften in den Jahren 1963/64 ist zu einem großen Teil auf autonome Erhöhungen staatlich beeinflusster Preise zurückzuführen. Bei der zunehmenden Bedeutung der unmittelbar auf das Preisniveau

wirkenden öffentlichen oder öffentlich beeinflussten Preise (Gebühren und Tarife bei Bundespost und Bundesbahn, Mieten, Preise im Rahmen der EWG-Agrarmarktordnungen) ergibt sich eine erhöhte Verantwortung des Staates für die Erhaltung der Kaufkraft unserer Währung. Durch eine aktive Verbraucher- und Wettbewerbspolitik (siehe Abschnitt III) müssen außerdem unvermeidliche Preiserhöhungen, etwa bei Dienstleistungen und lohnintensiven Betrieben, durch Preissenkungen in Bereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten ausgeglichen werden (Weitergabe der Rationalisierungsgewinne an den Verbraucher).

11. Die moderne Konjunktur- und Wachstumspolitik muß sich am Gesamtzustand der Volkswirtschaft orientieren. Sie bedarf in der freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft bestimmter Methoden der Orientierung und Koordination, und sie muß sich der Mittel der Globalsteuerung der volkswirtschaftlichen Kräfte bedienen. Dazu ist der Ausbau der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erforderlich, die ein übersichtliches Bild der gesamtwirtschaftlichen Situation gibt und die innere und äußere Verflechtung der Gesamtgesellschaft sowie die Konfliktstellen der volkswirtschaftlichen Dynamik aufzeigt. Damit erhalten die Instanzen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ein umfassendes Bild der Lage, das zur Koordination ihrer Maßnahmen beiträgt. Für die aktiv am Wirtschaftsprozess Beteiligten, insbesondere auch die organisierten Gruppen, ergibt sich eine Orientierungshilfe und Leitlinie.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sollte dabei als mittelfristige Programmierung oder „Nationalbudget“ mit Alternativrechnungen in die Zukunft greifen, ohne jedoch für Branchen und Einzelunternehmen Vollzugsverbindlichkeit zu haben. Hier kann es sich nicht um einen zwingenden Automatismus handeln, sondern um ein Hilfsmittel für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

Die ausgebaute volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wird ergänzt durch einen Wirtschaftsbericht der Bundesregierung, der sich jedoch nicht in allgemeinen Appellen und unverbindlichen Mahnungen erschöpfen darf, sondern vervollständigt werden muß durch eine Darlegung der wirtschaftspolitischen Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. Der Wirtschaftsbericht sollte auch eine Zusammenfassung aller auf den verschiedensten öffentlichen Gebieten aufgestellten langfristigen Ausbau- und Entwicklungspläne sowie eine Darstellung ihrer Vereinbarkeit enthalten.

II. Wirtschaftliches Wachstum und öffentliche Hand (Finanzpolitik)

1. Der öffentliche Gesamthaushalt — Bund, Lastenausgleichsfonds, Länder und Gemeinden — beansprucht rund 30 Prozent des Bruttosozialprodukts. Hieraus ergibt sich die heutige Bedeutung der öffentlichen Etats für die Volkswirtschaft unseres Landes. Volumen, Struktur und Entwicklung der öffentlichen Haushalte beeinflussen die private Wirtschaft, wie umgekehrt Zustand und Wachstum des privaten Sektors der Volkswirtschaft auf den öffentlichen Bereich einwirken. Diese globalen Wechselwirkungen müssen harmonisch aufeinander abgestimmt werden, um eine gesunde Entwicklung beider Sektoren zu gewährleisten.

2. Dieser Aufgabe kann die öffentliche Finanzwirtschaft nur gerecht werden, wenn ein entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung steht bzw. ausgebaut wird, das sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte Anwendung finden kann. Die Beschränkung der Zuwachsrates des öffentlichen Haushaltes auf diejenige des Bruttosozialproduktes ist keineswegs ein ausreichendes Mittel. Es kann durchaus zur Stabilisierung der Wirtschaft notwendig sein, daß der öffentliche Haushalt stärker (oder schwächer) als das Bruttosozialprodukt wächst. Außerdem ist für die „Anstoß-

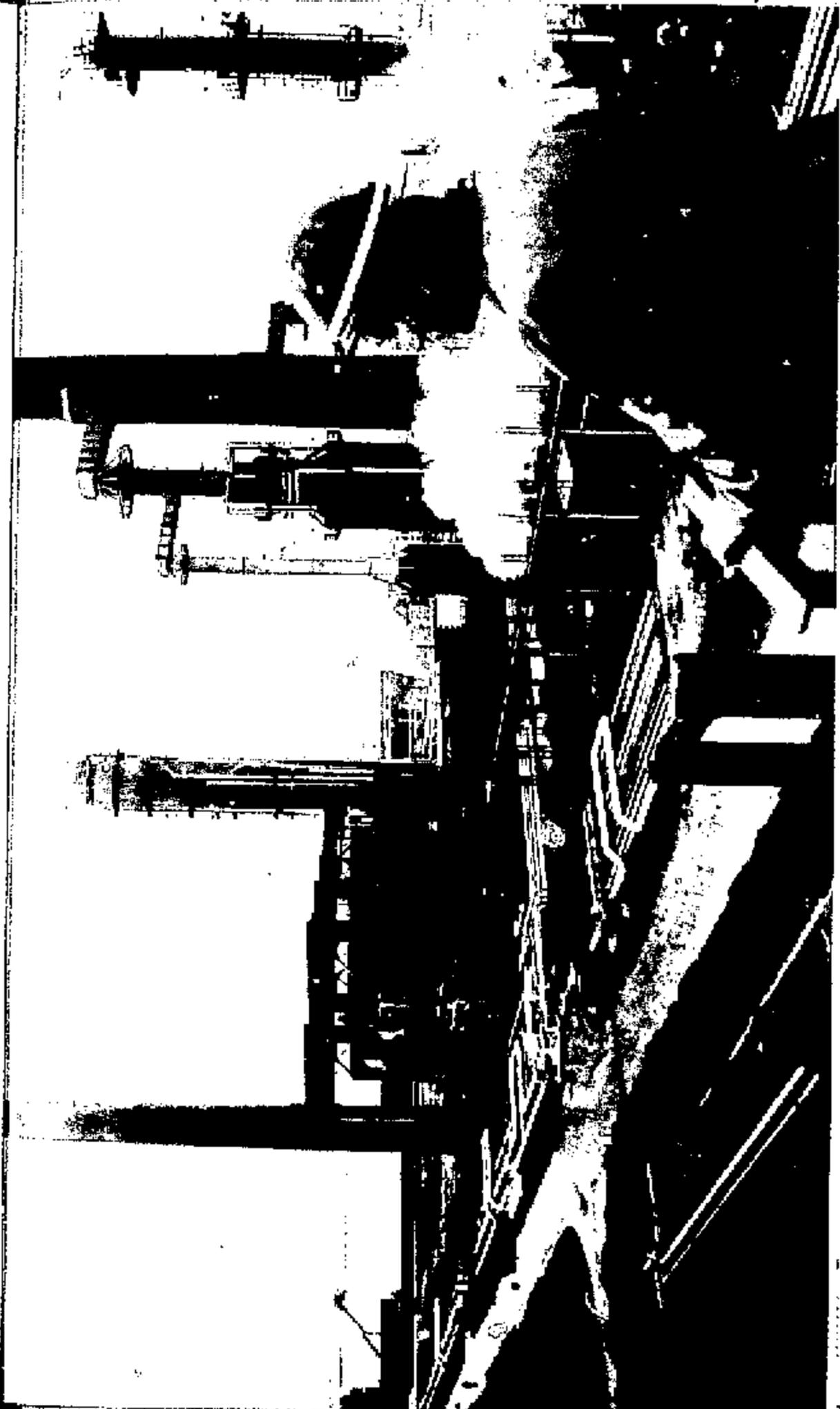
wirkung* des Etats auf den privaten Sektor der Volkswirtschaft nicht nur das Volumen des öffentlichen Haushalts, sondern vor allem dessen Struktur maßgebend.

3. Um die Zielanordnung und die Auswirkungen der anzuwendenden Methoden im Rahmen einer wachstumsorientierten Finanzpolitik erkennbar und beeinflussbar zu machen, bedarf es zudem einer mittelfristigen Haushaltsplanung. Sie soll das voraussichtliche Ausmaß des Deckungsbedarfs der öffentlichen Hand in den einzelnen Rechnungsjahren darstellen und den Gesamtrahmen aller öffentlichen Verpflichtungen sichtbar machen. Erst eine solche Übersicht wird zutreffende Maßstäbe für die politischen Entscheidungen über Wert und Rangfolge der einzelnen Aufgaben liefern. Sie wäre einzubetten in eine mittelfristige gesamtwirtschaftliche Vorausschau, die ihrerseits den Rahmen für die öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden setzen würde.

4. Im übrigen müssen für die Neugestaltung des Haushaltswesens unter rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten Konsequenzen gezogen werden, wenn die öffentliche Finanzwirtschaft den künftigen Anforderungen einer expandierenden Volkswirtschaft gerecht werden soll. Das Haushaltsrecht, das maßgebend auf der Reichshaushaltsordnung vom Dezember 1922 basiert, muß endlich modernisiert und der Haushaltswirklichkeit angepaßt werden.

5. In einer wachstumsorientierten und antizyklischen Finanzpolitik haben auf der Ausgabenseite des öffentlichen Etats die Gemeinschaftsaufgaben als Infrastrukturmaßnahmen eine besondere Bedeutung. Daneben bestehen relativ unbewegliche, durch Gesetz, Vertrag usw. festliegende Ausgabenblöcke. Es bedarf daher der Ergänzung von Maßnahmen auf der Einnahmenseite, die bei der Steuer- und Kreditpolitik ansetzen.

Abgesehen von einer Globalsteuerung durch eine mögliche Variation des Verhältnisses von direkten



Eine moderne Industrieanlage bei Köln.

zu indirekten Steuern und gegebenenfalls durch Einnahmen-Thesaurierung bieten sich dafür vor allem die Einkommen- und Körperschaftsteuer an, deren Gewinnermittlungs-, Abschreibungs- und Steuerfestsetzungsvorschriften auch differenzierte Sonderregelungen zulassen.

Zur Ergänzung der konjunkturwirksamen steuerlichen Maßnahmen muß auch die Förderung oder Hemmung des Importes bzw. Exportes durch die variable Festsetzung der Umsatzausgleichsteuer und Ausfuhr-rückvergütung genannt werden — wie sie der SPD-Gesetzesentwurf vom Juni 1964 vorsieht. Die Umsatzsteuer selbst sollte dagegen konjunktur-, konzentrations- und wettbewerbsneutral sein: das geltende Bruttoumsatzsteuersystem entspricht diesen Erfordernissen nicht. Wir verweisen daher auf den Gesetzesentwurf zur Reform des Umsatzsteuersystems, den die SPD-Bundestagsfraktion Ende 1962 vorgelegt hat.

6. Das Steuersystem ist nicht nur nach diesen konjunkturwirksamen Aspekten auszugestalten, sondern es muß zugleich unseren Forderungen nach größerer Steuergerechtigkeit und Einfachheit entsprechen.

7. Eine wesentliche Voraussetzung für eine größere Steuergerechtigkeit wird die Neufestsetzung der veralteten Einheitswerte sein. Deshalb fordern wir die Verabschiedung eines neuen Bewertungsgesetzes.

8. Völlig ungelöst ist noch immer das Problem der Finanzreform. Die Ergebnisse der Beratungen der „vier Weisen“, d. h. der Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Reform (die auf Initiative und Drängen der SPD schließlich im Herbst 1963 von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzt wurde), müssen nach ihrem Vorliegen gesetzgeberisch unverzüglich ausgewertet und beraten werden.

9. Der Anteil der Steuerlast am Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland wird angesichts der für die Zukunft unseres Volkes notwendigen Gemein-

schaftsaufgaben nicht wesentlich gesenkt werden können; aber diese Quote sollte auch nicht steigen, damit der Leistungswille des Steuerzahlers nicht gelähmt wird und ihm finanzieller Raum bleibt für die Befriedigung privater oder unternehmerischer Bedürfnisse bzw. für die Fähigkeit zur Eigentums- und Vermögensbildung. Um den Anteil der Steuerlast auf der jetzigen Höhe zu halten, werden in einer wachsenden Wirtschaft und vor allem bei progressiven Einkommensteuertarifen von Zeit zu Zeit Steuersenkungen notwendig und möglich werden. Allgemeine Steuersenkungen sind allerdings nur in Zeiten abgeschwächten Wachstums und nicht etwa im Boom angebracht.

10. Bei steigender Spartätigkeit und vor allem in einem Prozeß der breitgestreuten Eigentumsbildung sollte der zusätzliche Mittelbedarf für öffentliche Investitionen statt durch eine Erhöhung der Steuerbelastung stärker auf dem Wege des langfristigen Kredits gedeckt werden.

III. Verbraucher und Wettbewerb Kontrolle der wirtschaftlichen Macht

In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist der Wettbewerb ein wesentliches Instrument der Wirtschaftspolitik. Seine Funktion ist es, die volkswirtschaftliche Erzeugung rationell zu gestalten und mit den Verbraucherwünschen in Einklang zu bringen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, das Prinzip der Wettbewerbsordnung, die Selbststeuerung im Bereich der einzelwirtschaftlichen Beziehungen, mit den gesamtwirtschaftlichen Zielen und Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.

Ein funktionierender Wettbewerb ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilität des Preisniveaus. Die Preisbildung wird jedoch zu einem nicht geringen Umfang durch Machtpositionen in weiten Bereichen der Wirtschaft bestimmt.

Wiederholt hat die jetzige Bundesregierung eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen angekündigt. Sie konnte sich jedoch in den entscheidenden Punkten nicht gegen die massiven Forderungen der Interessenten in den Fraktionen der Koalitionsparteien durchsetzen. Der von der jetzigen Bundesregierung vorgelegte Änderungsentwurf ist eine Verlegenheitslösung und kann die mangelnde Aktivität in der Wettbewerbs- und Ordnungspolitik nicht verdecken.

Die SPD fordert entsprechend ihren Vorschlägen im Bundestag nach wie vor die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen u. a. in folgenden Punkten:

1. Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand für Markenartikel mit Ausnahme der Verlags-erzeugnisse und Verbot des Rabattkartells.
2. Verschärfung der Bestimmungen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht.
3. Genehmigungspflicht für Zusammenschlüsse von Unternehmen, wenn diese Zusammenschlüsse zu einer marktbeherrschenden Stellung führen oder diese verstärken.
4. Fortlaufende Untersuchungen und Berichterstattung über die Konzentration in der Wirtschaft durch das Bundeskartellamt.

In einer Zeit des wachsenden Konsums, der gehobenen Lebenshaltung und eines höchst vielfältigen und rasch wechselnden Warenangebots wird es für den Verbraucher immer schwieriger, sich eine ausreichende Marktübersicht zu verschaffen, die für einen wirtschaftlichen Einkauf und ein marktgerechtes Verhalten notwendig ist. Die SPD fordert neue gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Verbraucher, insbesondere:

1. Wahrheit und Klarheit beim Warenangebot und in der Preisauszeichnung.

2. Rasche Errichtung eines Warentestinstituts zur Durchführung unabhängiger Warenprüfungen und zur objektiven Information der Verbraucher.
3. Angemessene Vertretung der Verbraucherinteressen durch unabhängige, beratende und aufklärende Gremien.
4. Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb, um eine vergleichende Warenwerbung zuzulassen, soweit es sich um die Bezugnahme auf die Ergebnisse von öffentlich geförderten Warentests handelt.
5. Reform des Teilzahlungsgesetzes zum Schutze des Verbrauchers vor Übervorteilung.
6. Umfassende Aufklärung, insbesondere über Schule, Rundfunk, Fernsehen und Presse im Hinblick auf die Aufgaben des Verbrauchers in der Wirtschaft und seine Interessenlage gegenüber Herstellern und Handel.

Die laufende Verbesserung unserer Wettbewerbsordnung und die beharrliche Bekämpfung des Machtmißbrauchs in der Wirtschaft sind nur möglich im Rahmen einer klaren ordnungspolitischen Konzeption. Im Rahmen dieser Konzeption, wie sie von der SPD mehrfach dargelegt ist, spielen die Schärfung des öffentlichen Bewußtseins gegenüber Macht und Machtgruppen und die Förderung der öffentlichen Kritik eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß wir seit langem ein modernes Gesellschaftsrecht (z. B. Aktiengesetz) fordern, das durch eine erhöhte Publizitätspflicht der großen Unternehmungen u. ä. eine bessere Offenlegung von Ertragslage und Vermögenszuwachs gewährleistet. Auch die wirtschaftliche Mitbestimmung ist ein Mittel der Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Eine umfassende gesetzliche Neuregelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes im Rahmen einer grundlegenden Reform des Unternehmensrechtes ist anzustreben.

Durch diese Reform muß die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Montan-Industrie hinaus auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden.

Aber nicht nur die großen Unternehmungen, sondern auch die wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen beeinflussen heute durch ihre Größe und Stärke den wirtschaftlichen Prozeß. Ihre positive Funktion als Übermittler der Interessentenwünsche, welche Regierung und Parlament für die Politik kennen müssen, ist dabei nicht zu unterschätzen. Aber auch hier gilt die gleiche Forderung nach größerer Publizität hinsichtlich der Tätigkeit dieser Gruppen. Wir lehnen alle ständestaatlichen Vorschläge ab, die die Verbände und Vereinigungen mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben versehen würden. Jedoch müssen Lösungen gefunden werden, damit in Zukunft Regierung und Parlament auf besseren Wegen über die Wünsche der Interessentengruppen informiert werden können. Deshalb wird gefordert, daß Befragungen von Vertretern der Wirtschaft und ihrer Verbände und Vereinigungen durch das Parlament oder durch Parlamentsausschüsse entweder öffentlich erfolgen oder in vollem Wortlaut und mit allen Unterlagen veröffentlicht werden. Es muß gegebenenfalls eine gesetzliche Regelung geschaffen werden über den Veröffentlichungszwang durchgeführter Befragungen sowie über die Verfahrensweise, in der solche Befragungen herbeizuführen sind.

IV. Mittelschichtenpolitik

Ohne eine große Zahl von Selbständigen ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht denkbar. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Mittelschichten ist unbestritten, außerdem stellen die im Handwerk, im Handel, im übrigen Gewerbe einschließlich der kleinen und mittleren Industrie und die in den freien Berufen selbständig Tätigen gegenüber den Kräften der

Großwirtschaft eine beachtliche Gegenkraft dar; sie können einer weitgehenden Durchorganisation und Monopolisierung unserer Wirtschaft entgegenwirken. Auf die Initiative der kleinen und mittleren Betriebe und der freiberuflich Tätigen kann gerade die moderne Industriegesellschaft nicht verzichten, wenn sie sich ihren freiheitlichen Geist erhalten will.

Die Selbständigen wünschen keinen protektionistischen „Naturschutzpark“; sie haben aber ein Recht auf eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die ihnen soweit wie möglich gleiche Startchancen gegenüber Großeinheiten gewährt.

Zur Verwirklichung eines Mittelschichten-Programms, durch welches die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Selbständigen gestärkt und ihre Wettbewerbsmöglichkeiten gegenüber Großeinheiten gefördert werden muß, sind insbesondere notwendig:

1. Die Durchsetzung der schon beschriebenen Forderungen zur Verschärfung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (s. u. III.).
2. Korrekturen des geltenden Steuersystems im Hinblick auf bisherige Benachteiligungen der Mittelschichten. Auch ist die Benachteiligung der selbständigen Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Großunternehmen hinsichtlich der Eigenkapitalbildung zu beseitigen. Zielgerichtete Steuererleichterungen für die Mittelschichten dürfen nur bis zu einer gewissen Grenze des Gewerbeertrages gelten.
3. Belastungen der kleinen und mittleren Betriebe und Unternehmungen, die sich insbesondere aus der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle ergeben, sind auszugleichen.
4. Die Existenzunsicherheit, die auch für die Mittelschichten besteht, macht eine umfassende gesetzliche Alterssicherung erforderlich, die der für die

Arbeiter und Angestellten geltenden vergleichbar ist.

V. Raumordnung — Regionalpolitik

Eine ausgewogene und umfassende Wachstumspolitik hat dafür zu sorgen, daß alle Teile des Wirtschaftsgebietes an der allgemeinen Entwicklung partizipieren. Tatsächlich stehen wir heute in der Bundesrepublik Deutschland vor den ungelösten Problemen in den Ballungsräumen, der Misere des Straßenverkehrs, den bedenklichen Auswirkungen der EWG-Politik auf den norddeutschen Raum und vor allem der schweren Vernachlässigung der Zonenrand- und Grenzgebiete.

Um die damit gegebenen regionalpolitischen Aufgaben zu lösen, sind folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Bei allen gesetzgebenden Akten und wirtschaftspolitischen Entscheidungen müssen die räumlichen Nebenwirkungen berücksichtigt werden.
2. Die gesetzlichen Voraussetzungen für ein am Gesamtinteresse orientiertes Vorgehen in der Raumordnung sind endlich zu schaffen. Um dieser Regelung Wirksamkeit zu verleihen, bedarf es entsprechender Institutionen.
3. Die Bemühungen um Aufstellung und Durchführung von Regionalprogrammen sind zu intensivieren. Dabei sind besonders solche Gebiete wichtig, die bisher nur eine geringe Wirtschaftskraft oder einseitige Struktur aufweisen. Dies betrifft insbesondere auch die Notwendigkeit eines Zonenrandhilfegesetzes.
4. Die Kosten der Beseitigung von gesundheitsschädigender Verunreinigung des Wassers und der Luft und der Einschränkung des gesundheitsschädigenden Lärms sind sachgerecht den Verursachern anzulasten.

VI. Energiepolitik

Die bestehende Unsicherheit in bezug auf Umfang, Zeitpunkt und Auswirkung von Zechenstilllegungen ist eine Folge der langdauernden energiepolitischen Untätigkeit der jetzigen Bundesregierung. Von Zeit zu Zeit ergriffene Einzelmaßnahmen wie Steuererleichterungen, Kohlenkontingente, Heizölsteuer, Stilllegungsprämien können die Unsicherheit der Energieunternehmen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen und die Sorgen der Arbeitnehmer im Bergbau über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze nicht beheben. Der deutsche Steinkohlenbergbau kann nur im Rahmen einer klaren, langfristig orientierten Energiepolitik seiner Gesundheit entgegengeführt werden. Eine grundsätzliche Entscheidung darüber, welches Ziel die neue Bundesregierung hinsichtlich des Zusammenwirkens der verschiedenen Träger der Energiewirtschaft in der Energieversorgung verfolgt, ist notwendig.

Es gehört zu den Obliegenheiten der neuen Bundesregierung, in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen klare Leitlinien aufzustellen, damit die gesamte Energiewirtschaft weiß, auf welche Entwicklung sie sich in ihren unternehmerischen Entscheidungen einrichten muß, damit auch der Kohlenbergbau weiß, welche Investitionen langfristig sinnvoll sind und damit die Bergleute wissen, welcher Arbeitsplatz und welcher soziale Status ihnen gesichert ist. Die Hergabe von Steuermitteln zur Stilllegung von Zechen, wie es im Gesetz über den Rationalisierungsverband im Steinkohlenbergbau gegen die Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion geregelt wurde, ist dann nicht zu verantworten, wenn nicht gleichzeitig die notwendigen Strukturmaßnahmen und intensive soziale Ausgleichsmaßnahmen für die Arbeitnehmer getroffen werden.

Im übrigen verweist die SPD auf ihren Kölner Parteitag 1962, insbesondere auf die Ergebnisse der

wirtschaftspolitischen Arbeitsgemeinschaft und die Entschließung zur Energiepolitik. Die schon damals sich zeigende Strukturkrise im Steinkohlenbergbau besteht auch heute noch und auch die damals erhobenen Forderungen haben heute noch volle Gültigkeit.

VII. Agrarpolitik

Die deutsche Landwirtschaft ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges einem tiefgreifenden Anpassungsprozeß unterworfen. Ihre Leistungen verdienen Anerkennung und Unterstützung.

Dieser Strukturwandel, bedingt durch die weltwirtschaftlichen Veränderungen, durch das rasche Tempo des technischen Fortschritts und das starke allgemeine Wirtschaftswachstum, stellt in der Phase der Umwälzung der Marktverfassung durch den EWG-Vertrag große Anforderungen an den Bauern und seine Familie. Einen sinnvollen Ablauf dieses Prozesses unter Vermeidung sozialer Härten zu gewährleisten mit dem Ziel, die Landwirtschaft voll in die Gesamtwirtschaft zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit im EWG-Raum zu erhöhen, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht.

Die Anpassungsvorgänge und Umstellungsschwierigkeiten in der deutschen Landwirtschaft sind durch die zögernde Haltung der jetzigen Bundesregierung in der Frage der europäischen Agrarpolitik nicht erleichtert, sondern im Endeffekt für den deutschen Bauern nur verschlimmert worden.

Die Hinhalte-Taktik der jetzigen Bundesregierung gegenüber den EWG-Partnern in der Frage der Angleichung des Getreidepreises kann nicht fortgesetzt werden. Dafür muß zugleich ein klares Agrarprogramm verkündet werden, in dem u. a. der Einkommensausgleich für die Getreidepreisanpassung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur ge-



regelt sind. Die baldige Anpassung der übrigen Richt- und Orientierungspreise ist erforderlich. Nur eine wahrhaftige und zugleich großzügige Politik kann den in der deutschen Landwirtschaft Tätigen eine Einkommensbildung ermöglichen, die ihrem produktiven Beitrag zum Leistungsergebnis der Gesamtwirtschaft entspricht.

Die strukturellen Aufgaben sind mit agrarpolitischen Mitteln allein nicht zu bewältigen. Im Rahmen der im Godesberger Grundsatzprogramm dargelegten wirtschaftlichen und sozialen Gesamtzielsetzungen ist ein Bündel koordinierter Maßnahmen, für die noch weitgehend einzelstaatliche Zuständigkeit besteht, erforderlich.

Die Strukturverhältnisse sind vielfach in Widerspruch zur allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geraten. Die zersplitterten Feldfluren, beengten Dorf- und Hoflagen und ungünstigen Betriebsgrößen sind Beispiele derartiger Struktur-mängel. Ihre Beseitigung durch verstärkte landeskulturelle und agrarstrukturelle Maßnahmen, insbesondere im Rahmen lang- und mittelfristiger Regional- und Landesaufbaupläne, muß vorangetrieben werden.

Die veränderte Nachfrage nach Lebensmitteln in Art und Qualität erzwingt in den Bereichen der Be- und Verarbeitung sowie der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte neue Formen und Methoden. Die Anpassung der Erzeugung und der Vermarktungsmethoden an die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft ist zu fördern.

Die durch den tiefgreifenden Wandel in der landwirtschaftlichen Boden- und Betriebsstruktur notwendigen Investitionen erfordern einen großen Kapitalaufwand. Für die Landwirtschaft sind die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung sehr begrenzt. Aus diesem Grunde ist sie auf den Agrarkredit angewiesen. Die hohen Zinssätze des freien Kapitalmarktes sind für die Landwirtschaft untragbar, weshalb die

Maßnahmen zur Zinsverbilligung und das Agrarkreditsystem auszubauen sind.

Die in der Landwirtschaft Tätigen weisen im Vergleich zu allen übrigen Bevölkerungsgruppen den schlechtesten Gesundheitszustand und die stärkste Überalterung bei den Erwerbspersonen auf. Sie haben den kürzesten oder gar keinen Urlaub. Deshalb ist eine ausreichende soziale Sicherung und die Schaffung eines den speziellen Bedürfnissen der Landwirtschaft angepaßten selbständigen Sozialwerks als gemeinsamer organisatorischer Träger dieser Maßnahmen notwendig.

Die notwendige Anpassung an die moderne Produktionstechnik und die Daten des Gemeinsamen Marktes erfordern in erhöhtem Maße Bildung, Ausbildung und Beratung. Umfassende Änderungen des Schul- und Beratungswesens und verstärkte finanzielle Hilfen sind notwendig.

VIII. Wohnungsbaupolitik

Die beachtliche Wohnungsbauleistung, welche die deutsche Gesamtwirtschaft seit Jahren hervorbringt, ist nicht einfach ein Nebenprodukt des marktwirtschaftlichen Prozesses gewesen. Sie mußte vielmehr durch gesetzgeberische und finanzielle Maßnahmen dem Gesamtsystem abgerungen werden. Aber zugleich wurde damit der Wohnungsbau eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren unserer freiheitlichen Ordnung. Trotzdem warten immer noch Hunderttausende von Familien auf eine eigene Wohnung, noch hausen Hunderttausende von Familien in menschenunwürdigen Wohnungen, noch leben Millionen in Wohnungen, die den heutigen Ansprüchen keineswegs mehr genügen.

Aus diesen Tatsachen ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Abbau des noch vorhandenen Wohnungsdefizits durch den Bau familiengerechter, modern ausgestatteter Wohnungen durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten. Um einen funktionsfähigen Wohnungsmarkt zu schaffen, bedarf es auch in einer liberalisierten Wohnungswirtschaft öffentlicher Hilfen.
2. Die Eigentumbildung durch den Bau von Familienheimen und Eigentumswohnungen soll in der Weise unterstützt und gefördert werden, daß Familien mit geringen und mittleren Einkommen direkte und zielgerechte Hilfen erhalten.
3. Der Bedarf an familiengerechten Miet- und Genossenschafts-Wohnungen muß gedeckt werden.
4. Beseitigung menschenunwürdiger Wohnungen und Stadtteile und ihre Ersetzung durch Neubauwohnungen in neuen Stadtteilen im Rahmen einer den modernen Erkenntnissen entsprechenden Bebauung.
5. Verbesserung der Ausstattung der Altbauwohnungen durch Instandsetzung und Modernisierung, möglichst im Einklang mit der Pflege des erhaltungswürdigen Stadtbildes.
6. Verbesserung des Miet- und Wohnrechts im Sinne einer wirklich sozialen Regelung, die willkürliche Kündigungen ebenso ausschließt wie ungerechtfertigte wucherische Mieterhöhungen und darüber hinaus eine ausreichende Wohnbeihilfenregelung vorsieht.
7. Durch staatliche Maßnahmen, die sich im Rahmen unserer freiheitlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung bewegen, ist dafür zu sorgen, daß das Baulandangebot erweitert wird und die Preise innerhalb eines sozial vertretbaren und wirtschaftlich gerechtfertigten Rahmens liegen. Der Bodenspekulation muß nachhaltig entgegen gewirkt werden.

C. Wohlstandsmehrung und deutsche Politik

Mit diesem Wirtschafts- und Finanzprogramm aus einem Guß muß die neue Bundesregierung eine Wohlstandsmehrung für alle sichern. Diese Wohlstandsmehrung hat nicht nur ihren ökonomischen und sozialen Eigenwert. Sie soll nicht nur allen Mitgliedern der Gesellschaft einen gerechten Anteil am wachsenden gemeinsamen Arbeitsergebnis ermöglichen, sondern sie muß zugleich die materielle Grundlage und den materiellen Rückhalt für die deutsche Politik schlechthin darstellen. Die Hauptaufgabe aller deutschen Politik, der auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu dienen hat, ist die Lösung der Deutschlandfrage. Viele Zeichen deuten darauf hin, daß uns dieses nicht in einem Akt, nicht mit einer spektakulären Kapitulation der anderen Seite gelingt, sondern nur in einem äußerst schwierigen Prozeß gradueller Veränderung. In dieser strategischen Situation und Entwicklung können auch ökonomische Mittel von hervorragender Bedeutung werden. Sie spielen hier jetzt schon eine Rolle: Die wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen der Bundesrepublik für Berlin sind schon jetzt als Zahlungen für die gesamtdeutsche Sache aufzufassen. Berlin muß auch in Zukunft in die Lage versetzt sein, die gleichen Zuwachsraten seines Sozialproduktes wie die ähnlicher westdeutscher Wirtschaftszentren zu erreichen. Der Interzonenhandel darf nicht ein Mauerblümchen der westdeutschen Wirtschaftspolitik sein, sondern muß als eines der wenigen uns zur Verfügung stehenden gesamtdeutschen Instrumente angesehen werden, im Interesse Berlins und der gesamtdeutschen Sache muß die neue Bundesregierung eine Erweiterung des Interzonenhandels anstreben; die westdeutsche Wirtschaft weiß, daß eine protektionistische Haltung gegenüber etwaiger Konkurrenz aus dem Interzonenhandel unangebracht wäre.

Darüber hinaus können uns im Laufe der Entwicklung an irgendeinem Punkt auf dem Wege zur Lösung

der Deutschlandfrage erhebliche neue wirtschaftliche Lasten aufgebürdet werden. Darauf müssen wir uns durch eine weitere stetige Steigerung unseres Sozialprodukts rüsten. Die Geschichte hält für uns nicht nur die Probleme der Wohlstandsgesellschaft bereit, sie stellt uns auch vor die Herausforderung, die durch die Teilung unseres Landes vorerst unverändert gegeben sind. Die deutsche Politik darf sich nicht allein der ersten Aufgabe, das heißt der Wohlstandsmehrung, widmen oder sich gar in ihr verlieren, sondern es muß ihr gelingen, die Probleme der wirtschaftlichen Expansion und steigenden Prosperität zu meistern und zugleich die Früchte dieser Politik für die Lösung der anderen und eigentlichen Aufgaben zu nutzen.